

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldplennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Lettland 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Sach- und Politik“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeit“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Damböhl 292-295 Verlag: Damböhl 2506-2507

Donnerstag, den 24. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postkassent: Berlin 375 26 - Bankkonto: Direktion der Postkontogesellschaft, Postkontokasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Kopierbreite 6,70 Goldmark, Reklametexte 1.- Goldmark, „Reine Anzeigen“ das Letztgedruckte Wort 0,20 Goldmark, fünfmal zwei Letztgedruckte Worte, jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenanzeigen das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben ablesen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark, eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,26. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingehen. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 9 Uhr nachm.

Volkspartei und Sachverständige. Heintze gegen Stresemann.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei hat dem Reichstanzler folgenden Beschluß übermittelt: Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei ist geneigt, die Regierung bei ihren Bemühungen zu einer Verständigung zu kommen, zu unterstützen. Er muß jedoch für die Deutsche Volkspartei entscheidenden Wert darauf legen, daß keine endgültige Regelung getroffen wird, ohne daß die Rückkehr der Ausgewiesenen und die Befreiung der Gefangenen in einer die deutschen Interessen restlos befriedigenden Weise sichergestellt werden.

Dieser Beschluß spricht nur einen Wunsch aus, den jedermann teilt. Sachlich bedeutet er die Zustimmung zu der Annahme der Sachverständigenvorschlüsse der Regierung mit einer wahltagatorischen Rückendeckung gegen nationalistische Angriffe.

Ganz andere Töne ließ jedoch der Reichsjustizminister a. D. Heintze in Hamburg vernehmen. Nach einem Bericht des „Berl. Lokal-Anzeiger“ führt er dort aus:

Das Gutachten sei sehr kompliziert. Klar sei jedoch, daß es unangeheure Passen auferlege, die deutsche Souveränität beeinträchtigen und zweifelhaft lasse, was aus den Sanktionen werden solle. Großes Mißtrauen sei daher geboten. Unter keinen Umständen dürfe man unerfüllbaren Forderungen zustimmen. Es sei ein großer Fehler der Sozialdemokratie, das Sachverständigen-Gutachten zur Wahlparole zu machen und dessen bedingungslose Annahme zu fordern. Die Regierung dürfe auf keinen Fall weiter gehen, als daß sie erkläre, das Gutachten zur Grundlage von Verhandlungen machen zu wollen, denn sie könnte nicht Bedingungen zustimmen, deren Entscheidung erst vom dem kommenden Reichstag abhängt. Wir müssen einen Reichstag wählen, der eine große bürgerliche Koalition errichte.

Herr Heintze sieht nicht über seine Nasenspitze hinaus, wenn er nicht merkt, daß die Entscheidung über die Sachverständigenvorschlüsse die Entscheidung der Reichstagswahlen ist. Von diesen Vorschlägen als von einer Verhandlungsgrundlage sprechen, heißt sie ablehnen, da sie nur als „unteilbares Ganzes“ anzunehmen oder zu verwerfen sind. Eine „große bürgerliche Koalition“, deren einer Teil für die Annahme, der andere gegen sie ist, deren einer Teil für die notwendigen Ausführungsgehehe stimmt, der andere sie erbittert bekämpft, ist ein Unding.

Die Rede des Herrn Heintze beweist, daß mit der Bildung der „Nationalliberalen Vereinigung“ das latente Hin- und Hergezitter und die Quertreiberei in der Deutschen Volkspartei noch keineswegs erloschen sind.

Verantwortungslose Demagogie auf der einen Seite, Unfähigkeit, klare Entschlüsse zu fassen, auf der anderen Seite, das heißt in Deutschland bürgerliche Politik!

Politische Karussellsfahrt.

Grundsatzfest, aber doch recht beweglich!

Erste Menschen verlangen von politischen Parteien und ihren Kandidaten ein gewisses Mindestmaß von Grundsatztreue. Man stellt sich vor, daß die Parteien wie ihre „Wahlbewerber“ ein einigermaßen festes Bild gewonnen hätten von den Dingen, die sich im Leben des Landes abspielen, und von der Art, wie sie zu bessern oder doch zu beeinflussen seien.

Wer die Wahlvorgänge bei den führenden bürgerlichen Parteien beobachtet, wird jedoch bald in eine andere Stimmung versetzt. Die bombastischen Reden und Wahlauftritte, die über das Volk niederprasseln, sind freilich alle von dem gleichen Pathos getragen. Ein neuer Leser oder Hörer muß annehmen, daß gerade die Partei, die eben durch Wort oder Schrift zu ihm spricht, der Ausbund aller sittlichen Tugenden sei, besonders wenn sie das „Nationale“ betont. Undeßhalb die „Grundsätze“, denen die bürgerlichen Parteien huldigen, müssen unendlich flüchtig sein. Erlebt man es doch, daß bisherige volksparteiliche Abgeordnete plötzlich bei den Deutschnationalen landen und dort ebenso plötzlich an ausfallsreicher Stelle auf der Reichsliste den Wählern präsentiert werden. Sie folgen damit dem Beispiel der Wiemer und Rugdan, die früher Demokraten waren und dann zur Volkspartei Stresemanns gingen, trotzdem diese sich offen als monarchistisch bekennend. Die Quasch und Köhne aber, die den Weg noch weiter rechts suchen, finden einen Ersatz in dem bisherigen deutschnationalen Abgeordneten Landgerichtsdirektor Warmuth, der der volksparteilichen „Zeit“ folgenden Schreibbrief schrieb:

„Schon durch geraume Zeit hatte ich das Gefühl, daß ich, als alter Freikonservativer, mehr und mehr den Kontakt mit den in der Deutschnationalen Partei allmählich immer stärker und extremer herortretenden Auffassungen verlor. Die Ueberzeugung verstärkte sich in letzter Zeit und gewann reichlich Nahrung aus der Art und Weise, wie man mich offensichtlich finanzierte. Ich sehe ein, daß mein Bloß nicht mehr in der Deutschnationalen Volkspartei, sondern in den Reihen der Deutschen Volkspartei gegeben ist.“

Im Himmel ist bekanntlich mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über tausend Gerechte. Deshalb nahm die Strese-

mann-Partei den abtrünnigen Deutschnationalen mit Ruhmhand auf und stellte ihn schleunigst auf ihre Reichsliste. Der Zufall fügt es, daß die Reichsliste in der „Zeit“ noch vor der Mitteilung über den Uebertritt Warmuths veröffentlicht ist. Die volksparteilichen Leser werden ihre große Freude über den einen Ersatz für die Quasch, Köhne, Rarekly, Bersner und so fort haben, trotzdem die „Kreuzzeitung“ bis jetzt versichert, der Uebertritt Warmuths sei erfolgt, weil er bei den Deutschnationalen nicht mehr aufgestellt wurde.

Die Bersner und Rarekly sind, trotzdem sie bisher volksparteiliche „Grundsätze“ vertraten, mit moderner Beweglichkeit auf eine „Reichs- und Bundliste“ geraten. In ihrer Auffassung soll, wie der „Reichs- und Bund“ mitteilt, keine Zersplitterung liegen, da es dem Empfänger eines Mandats überlassen bleibt, welcher Fraktion er sich anschließt.

Das ist sehr nett vom Reichs- und Bund. Er ist zwar stramm deutschnational-völkisch. Aber er unterstützt doch diese sogenannten Nationalliberalen, damit sie später, falls sie gewählt werden, sich eine Fraktion aussuchen können.

Kun nehmen diese grundsatzfesten Leute gern die Gelegenheit wahr. Bersner soll, so wird erzählt, die Absicht haben, da ihm die Auswahl freisteht, sich der kommunistischen Fraktion anzuschließen, während bei Rarekly die Reizung vorherrschen soll, mit dem „Propheten“ Häußer eine Fraktion der Sonderlinge zu bilden. Sie rechnen damit, daß sich auch Erich Lindström ihr anschließen werde.

Die politische Karussellsfahrt ist damit allerdings noch nicht beendet. Man kann damit rechnen, daß bis zum 4. Mai noch einige Grundsatzfeste in Bewegung geraten werden!

Liberalen und Arbeiterregierung.

Der „Vorwärts“ hat gestern Mittwoch früh die heftigen Angriffe Lloyd Georges auf die Arbeiterregierung wiedergegeben. Diese Angriffe haben in England als ein ernstes Zeichen möglicher Androhung große Beachtung gefunden. Der sozialistische „Daily Herald“ schreibt, die Liberalen könnten, wenn es ihnen gefalle, „und wenn sie es wagten“, sich mit den Konservativen zusammensetzen, die Regierung stürzen. Sie würden sich dann gegenüber der Wählerschaft deswegen verantworten müssen. Diese Tatsache sei es, die den Liberalen Unbehagen verursache.

Die liberale „Befürworter Gazette“ drückt die Ansicht aus, es sei in der Hauptsache die Aufgabe Macdonalds, die Krisis in den Beziehungen zwischen der liberalen und der Arbeiterpartei zu lösen, und er könne die Aufforderung Lloyd Georges, die Haltung der Arbeiterpartei gegenüber der liberalen Partei sowohl im Unterhaus als auch in den Wahlkreisen genauer zu umschreiben, nicht unbeachtet lassen.

Die gleichfalls liberale „Daily News“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die deutliche Warnung Lloyd Georges an die Arbeiterregierung Beherzigung finden werde, da sonst fast sicher die „demütigenden Bedingungen“, unter denen von den Liberalen erwartet werde, daß sie die Regierung an der Macht hielten, zum Sturz der Regierung führen würden. Es könnte katastrophal sein, wenn die gegenwärtige Regierung gerade in dem Augenblick falle, wo ein neuer und kritischer Versuch unternommen werde, das Gesicht Europas zu verändern. Auf jeden Fall würde Macdonalds Autorität, bei den kommenden Verhandlungen für Großbritannien zu sprechen, ernstlich geschwächt werden, wenn bekannt würde, daß die Stellung der Regierung im Unterhaus von Tag zu Tag schwieriger werde.

Deutsch-dänische Minderheitsfragen.

Stauung für ein Abkommen.

Kopenhagen, 23. April. (W.B.) Ministerpräsident Stau-ning sagte Pressevertretern über die Frage einer Minderheitskonvention mit Deutschland betr. Nord- und Südschleswig, das Ministerium hätte zu dieser Frage noch keine Stellung genommen, aber in Deutschland sei eine starke Stimmung für den Abschluß eines solchen Vertrages vorhanden. „Ich bin“, erklärte Stau-ning, „der Ansicht, daß es zweckdienlich sein kann, an Verhandlungen über ein solches Abkommen teilzunehmen und sie zu unterstützen, soweit es sich um einen Vertrag handelt, durch den die dänische Souveränität hinsichtlich der Gesetzgebung in keiner Weise angetastet wird. Sofern die Initiative zu einer solchen Konvention von deutscher Seite kommt, muß die Frage mit Wohlwollen behandelt und zu lösen versucht werden, das muß geschehen, sowohl mit Rücksicht auf unsere, wie auf die deutschen Minderheiten.“

Deutschabtrüglisch muß sich der Gründer der deutschösterreichischen Dakenkreuzerpoeten, Dr. Walter Riechl, benommen haben, denn sie haben ihn ausgeschloffen. Nicht erkreute sich einst der Jungling Bernstorfer, er war sozialistischer Student in Wien, zeigte bald nationalistische Allüren, wurde als Gerichtsbeamter und Rechtsanwalt offen völkisch und war stets mandatsfähig.

Die amerikanischen Sachverständigen Dawes, Young und Robinson haben sich in Cherbourg nach New York eingeschifft.

Vom französischen Wahlkampf.

Wirrwarr auch drüben.

Der französische Wahlkampf ist nunmehr in vollem Gange, doch stehen noch nicht überall die Kandidatenlisten der einzelnen Parteien fest. Vielmehr herrscht in allen Parteien der größte Wirrwarr, der weniger politisch-grundsätzliche als persönlich-finanzielle Ursachen hat. Das Geld spielt bei der Kandidatenaufstellung unter den Vintsparteien eine mindestens ebenso große Rolle wie im Nationalen Block. Denn bei dem letzteren ist die Geldfrage insofern gelöst, als die Finanzierung seiner Wahltagation in großzügiger Weise dank einem großkapitalistischen Konzern befragt wird, die „Vereinigung der wirtschaftlichen Interessen“, der sich im Jahre 1919 in dieser Hinsicht vorzüglich bewährt hat. Dort herrscht allgewaltig der Senator Billel, der Vertrauensmann der Großindustrie und der Hochfinanz, und verteilt Hunderttausende und Millionen von Franken unter die „gutgläubigen“, d. h. regierungsfremden Kandidaten. Da den Vintsparteien solche unerlöschlichen Geldquellen nicht zur Verfügung stehen, werden persönlich wohlhabende Herren, die an den Kosten der Wahlpropaganda erheblich beizutragen in der Lage sind, bei der Kandidatenaufstellung bevorzugt, in manchen Fällen auch gegenüber älteren, verdienten, politisch und moralisch einwandfreien Kämpfern. Dieser Umstand trägt freilich nicht dazu bei, das politische Leben zu reinigen, aber angesichts der finanziellen Uebermacht des Nationalen Blocks, dieser Hauptursache aller Korruptionsercheinungen des öffentlichen Lebens Frankreichs, darf man bei der Auswahl der Mittel zur Niederwerfung dieses Blocks nicht allzu zupferlich sein: hier heißt eben der Zweck die Mittel.

Die Bildung des „Vintkartells“ ist nicht einheitlich zustande gekommen. Der sozialistische Parteitag zu Marseille hatte bekanntlich grundsätzlich der Bildung von lokalen Wahlbündnissen zwischen Sozialisten und linksbürgerlichen Gruppen zugestimmt: den Bezirksverbänden war ihre Wahlaktive anheimgestellt worden, nur bedurfte jedes örtliche Bündnis der nachträglichen Sanktionierung des Parteivorstandes. Nun ist aber nicht überall die Einigung erfolgt, teils weil dieser oder jener Vorgesetzte der Bürgerlichen aus politischen Gründen den Sozialisten, weil nämlich durch seine jüngste Vergangenheit zu sehr belastet, nicht paßte, teils aber auch weil man sich über den Prozenttag der sozialistischen bzw. bürgerlichen Kandidaten auf den gemeinsamen Listen nicht einigen konnte. In mehreren Fällen wurde ein gemischtes Schiedsgericht angerufen, dem u. a. Herriot und Blum angehörten, aber seine Vermittlung war nicht überall erfolgreich.

Im Departement Seine — Paris und engerer Vorstädtegebiet — gibt es vier Wahlkreise, in drei von ihnen ist die Bildung des Vintkartells zustande gekommen, im vierten nicht: das ist der Kreis auf dem linken Seine-Ufer, in dessen sozialistischer Organisation die unerlöschliche Anschauung des Genossen Braque sich weiter durchgesetzt hat, die im Jahre 1919 eine der Hauptursachen der großen Wahlnachkatastrophe für die Linke gewesen ist. Hingegen ist im Bannmeilen-Wahlkreis der Vintblock unter führender Mitwirkung von Longuet gebildet worden: er umfaßt nicht weniger als sechs Parteien und Gruppen, von den bürgerlichen Radikalsozialisten bis zu der „Sozialistisch-Kommunistischen Union“ Trotskards. Nicht gebildet wurde ferner der Vintblock im proletarischen Norden — Lille, Lens, Valenciennes —, ferner in der Gegend von Toulouse, von Dijon und einigen weiteren Bezirken, wo die Partei, teils aus politischen, teils aus persönlichen Gründen allein in den Kampf zieht. In den meisten anderen Großstädten — Lyon, Marseille, Bordeaux, St. Etienne, Rouen, Le Havre, Toulon um. — werden die vereinigten Kräfte der Vinten den Nationalen Block auf das ärgste bedrängen und sie können unter Umständen sogar diesmal die Vorteile des sinnlos-ungerechten Wahlsystems restlos genießen, die im Jahre 1919 der Reaktion zugute gekommen waren: unter Umständen genügt nämlich eine geringer Stimmenvorprung, um eine ganze Liste durchzubringen, während die Minderheit dann leer ausgeht. Wie das möglich ist, würde sich nur an der Hand des außerordentlich komplizierten Wahlsystems erklären lassen, das höchstens 5 Proz. der französischen Wähler verstehen. Jedenfalls legt die Reaktion ihre größten Hoffnungen auf die — Kommunisten, die natürlich ihre eigenen Listen überall aufstellen und im allgemeinen nur den einen „positiven“ Erfolg einer Stimmenzerpflüchtigung auf Kosten des Vintblocks erzielen dürften, die zwar nicht ausreichen würde, um eigene Mandate zu erringen, wohl aber dazu, dem Nationalen Block ein völliges Debakel zu ersparen. Das nennt sich dann: Revolutionärer Klassenkampf...

Im regierungsfremden Lager ist die politische Verwirrung noch schlimmer als 1919, denn alle Schattierungen des Nationalen Blocks versuchen gleichfalls eine Einheitsfront zu bilden, was nicht überall gelingt. Im allgemeinen sind die ausgesprochenen republikfeindlichen Kräfte der „Action Française“ vom Nationalen Block ausgeschlossen geblieben, aber die Einigung zwischen liberalen Nationalisten und antiklerikalen Nationalisten ist nicht überall gelungen. Hingegen



bezeichnet; die Frage eines bewaffneten Aufstandes müsse immer aktuell bleiben. So weit man die Lage übersehen könne, werde die Infolge der kommunistischen Wiperfolge im Oktober 1923 dem deutschen Bürgertum guttwillig gewordene „Atempause“ nicht länger als etwa zwei Jahre dauern. Jedenfalls müsse die KPD. für engen Kontakt mit den Massen Sorge tragen und die Gefahr vermeiden, zu einer isolierten Seite zu werden.

## Exzellenz in der Klemme.

### Schwere Sorgen eines Ministerpräsidenten.

Nachdem das völkische Organ Mecklenburgs den deutsch-nationalen Ministerpräsidenten Brandenstein wegen seiner Zustimmung zur Annahme des Sachverständigen-Gutachtens genügend gefehlt hat, ohne doch eine klare Antwort zu bekommen, hat sich jetzt die völkische Landtagsfraktion dazu aufgeschlossen, „Se. Exzellenz“ brieflich zu interpellieren. Auf Brandensteins Gut wurde während des Kapp-Zustandes bekanntlich ein sozialdemokratischer Landarbeiter von sogenannten Offizieren ermordet, ohne daß die Exzellenz deshalb besondere Aufregung verspürte. Jetzt, da seine teutonischen Glaubensgenossen ihm selbst näher auf den Pelz rücken, wirds ihm wahrscheinlich ungemütlicher werden. Denn die Völkischen inquirieren ihn folgender Art:

Da die augenblickliche Vertagung des Landtags bis zum 6. Mai eine Anfrage im Parlament nicht ermöglicht, so richte ich im Namen der Fraktion der D.D. Freiheitspartei an Ew. Exzellenz folgende Anfrage:

Welche Stellung haben Ew. Exzellenz als Vertreter der mecklenburgischen Landesregierung bei der Reichsentscheidung zum Gutachten der Sachverständigenkommission eingenommen?

Wenn die Frage in kommenden Verhandlungen streng vertraulich gewesen sind, so ist u. E. Ew. Exzellenz dennoch verpflichtet, dem mecklenburgischen Volke über die persönliche Stellungnahme zu dieser Angelegenheit eine eingehende Erklärung abzugeben.

Für den Fall, daß diese persönliche Stellungnahme zu der amtlich abgegebenen Erklärung im Widerspruch stehen sollte, so bitten wir auch dazu um eine eingehende Begründung.

U. E. vertritt es sich auch nicht mit der in der Verfassung festgelegten Volkssouveränität, wenn in so entscheidenden Fragen, von denen die Zukunft Deutschlands abhängt, die Reichsregierung ohne vorher die Vertreter dieses angeblich souveränen Volkes zu befragen, entscheidet.

Wenn auch der Reichstag 3. St. aufgelöst ist, so mußte jedenfalls diese Entscheidung bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages aufgeschoben werden. Wir bitten daher Ew. Exzellenz auch darüber um Antwort, in welcher Weise gegen diese unverantwortliche Handlungsweise der Reichsregierung von Seiten Ew. Exzellenz Verwahrung eingelegt ist.

Wir bitten schließlich noch die Beantwortung obiger Fragen so abzufassen, daß wir weiteren Gebrauch davon machen können.

Der neugierige Brief ist bisher nicht beantwortet worden. Vielleicht aber kommts noch. Dem Brandenstein, der das Los des Landarbeiters auf seinem Gute kennengelernt hat, wird auch die Namen Erzberger und Rathenau schon einmal gehört haben. Sie wurden „gefällt“, weil sie Erfüllungspolitik trieben. Jetzt wird gegen Brandenstein ebenso gehetzt wie gegen jene, weil auch er unter die „Erfüllungspolitik“ gegangen ist. Bei der geistigen Verfassung der Hitler-Ludendorff-Gräse-Deute kann das also „St. Exzellenz“ recht un bequem werden.

Indessen kann er sich trösten. Seine Freunde im alten Reichstag haben schon einmal, als ihnen die Futtertrippe winkte, von der sie sonst so verächtlich zu reden pflegen, für Beibehaltung des Versailler Vertrages und für Erfüllungspolitik sich ausgesprochen. Als im November v. J. mit ihnen wegen Eintritts in die Stresemann-Regierung und über die Vorbedingungen dazu verhandelt wurde, waren sie gar nicht unzugänglich. Sowohl die Zentrumspresse wie die völksparteiliche „Zeit“ konnten damals feststellen:

schaffen wird auch das unvollendet hinterlassene Werk, das sogen. Opus postumum, aufnehmen. Es hat sich herausgestellt, daß diese letzte Arbeit Kants, die bis jetzt noch nicht vollständig gedruckt worden ist, nicht einfach, wie man bisher zu tun pflegte, als geistlos außer Betracht gelassen werden kann. Es ist nicht bloß für die naturphilosophischen, sondern auch für die erkenntnistheoretisch-metaphysischen Anschauungen Kants, wie sie sich in seiner letzten Lebensperiode gestaltet haben, überaus bedeutsam. Im Herbst 1925 soll das Werk als 22. und 23. Band der Berliner akademischen Kant-Ausgabe erscheinen.

Verhandlung des Dürer-Hauses in Nürnberg. Die Stadt Nürnberg ist im Begriff, einen unglücklichen Schicksalsort zu begeben. Sie will nämlich das abstrakte Wohnhaus Albrecht Dürers „aufräumen“ lassen. Das Albrecht-Dürer-Haus ist eines der bedeutendsten Fachwerkhäuser aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. In seiner natürlichen schlichten Patina bildet es ein unantastbares Heiligtum, das jährlich von tausenden von Kunstfreunden aus aller Welt besucht wird. Da jedoch die gesamte Nürnberger Presse energisch Protest erhebt gegen die Zerlegung dieses Kulturdenkmals, ist anzunehmen, daß die hohen Gerichte, die vor dem Haus bereits errichtet wurden, wieder entfernt werden, noch bevor das Unheil der „Reparatur“ ausgeführt werden kann.

Ludendorff schreibt ein Buch. Nach einer Mitteilung des „Göttinger Tageblatts“ wird Ludendorff gemeinschaftlich mit seinem Rechtsanwalt Dr. Queigeborne ein Buch schreiben, in dessen Mittelpunkt der Hitler-Fuß und Hitlers Persönlichkeit stehen. Nach der Meinung von Queigeborne werden in diesem Buch Hitlers Fähigkeiten als Staatsmann dargestellt.

Wenn sich Ludendorffs Buch wirklich auf dieses Stoffgebiet beschränken sollte, wird es nicht sehr umfangreich werden.

Theater am Blomplatz. Zu Beginn der diesjährigen Sommerferien gelangen Angenraders „Kreuzschreiber“ zur Aufführung. Kauf-Jeder der Humboldt-Hochschule. Am 26. d. M., abends 8 Uhr, hält in der Aula Georgenstr. 30 Dr. Apel die Rede: „Kants Bedeutung im Kampf um die Weltanschauung“. Einleitende Ansprache: Professor Dr. Otto Gramann. Gedänge: Der Humboldt-Wort.

Politische Schriften von Oswald Spengler. Von dem Verfasser des berühmten Werkes „Der Untergang des Abendlandes“ erscheinen binnen kurzem bei E. D. Beck in München vier politische Schriften, betitelt: „Recht des deutschen Reiches“, „Politische Pflichten des deutschen Jünglings“, „Der Staat“, „Die Weltanschauung“.

Stines als Stifter des Kant-Grabmals. Wie die „Lithographische Anstalt“ mitteilt, hat seiner Zeit Stines sich bereit erklärt, sämtliches Kapital für die Errichtung des Kant-Grabmals in Königsberg als Stifter zu übernehmen. Der Stadt Königsberg wäre es infolge ihrer schwierigen Finanzlage nicht möglich gewesen, den Bau zu finanzieren.

Hans von Weber, der bekannte Münchener Verleger und Herausgeber des „Jahrbuchs“, ist im Alter von 50 Jahren gestorben.

Propaganda in Russland. Ein eine Anregung des Bildungs-Kommissars Kuznetsov ist, wie der „Drahtbericht“ mitteilt, beschlossen worden, das Kino in großem Maßstab als Propagandamittel für die Propaganda des Sowjetstaates anzunehmen. Die Filme der ausländischen Produktionen, mit ihnen Bildern aus dem bürgerlichen Leben, sollen mehr und mehr durch das Sowjetkino verdrängt werden, das besonders im russischen Dorf eine Aufgabe zu erfüllen habe. Die nächsten Filmprogramme des Sowjetkino sollen in diesem Rahmen der Agitation dienen.

„Die deutsch-nationalen Erklärungen gingen bezüglich der Verfassung dahin, daß „selbstverständlich“ keine Rede davon sein könnte, daß die Deutschen diese Verfassung anders als mit verfassungsmäßigen Mitteln ändern wollten. Auch bezüglich des Friedensvertrages erklärten sie, daß „selbstverständlich“ gar keine Rede davon sein könnte, daß er zerfallen werden sollte. Bezüglich der illegalen Verbände erklärten sie ebenso als „selbstverständlich“, daß solche Verbände, ob sie rechts oder links ständen, mit den Mitteln des Staates bekämpft werden müßten. Und schließlich erklärten sie hinsichtlich der allgemeinen Außenpolitik, daß auch da keine Änderung eintreten, sondern die Linie der Stresemann-Regierung fortgesetzt werden sollte. Und sie stellten sich damit ganz auf den Boden der Erfüllungspolitik.“

Was damals die Hergt und Helfferich versprochen, konnte doch von Brandenstein ruhig halten. Auch er ist, obgleich Monarchist, „Ministerpräsident des Freistaats“ und steht dafür das Gehalt ein, sinemal Geld nicht überbricht. Auch er kann den Vertrag von Versailles „selbstverständlich“ nicht zerreißen. Auch er muß schließlich Erfüllungspolitik treiben helfen, weil es keinen andern Ausweg gibt.

Das Gegenteil sagen nur die deutsch-nationalen Wahlredner und Wahlschriften. Aber nach der Wahl kommts ja doch wieder mal anders. Und dann wird man sich schon verständigen, wenn die Wähler ihnen erst die Macht in die Hand gespielt haben . . .

## Rechtsturs in Bayern!

München, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Der aus Italien zurückgekehrte Regierungspräsident von Oberbayern, Herr v. Rahr, hat seine amtliche Tätigkeit noch nicht wieder aufgenommen. Es ist überhaupt wenig wahrscheinlich, daß Rahr noch einmal sein Amt antritt. Voraussichtlich wird sein gegenwärtiger Stellvertreter, Porich, die Geschäfte übernehmen, bis man in einigen Wochen Klarheit über die Regierungsbildung gewinnt. Es wird damit gerechnet, daß dann der jetzige Innenminister Schwener auf den Posten des Regierungspräsidenten von Oberbayern gesetzt wird. Dieses beabsichtigte Resignement scheint ein gewisser Fingerzeig für die kommenden Dinge in Bayern zu sein. Denn Schwener ist bekannt als scharfer Gegner der Völkischen, deren Hauptforderung ja auch in der Beseitigung dieses Mitbegründers der Bayerischen Volkspartei besteht. Wenn Schwener also als Minister gehen muß, trotzdem seine Politik gerechtfertigt erscheint, während andererseits der den Völkischen sehr sympathische Knilling von neuem die Regierung bildet, so ist jedermann klar, wozu der Weg in Bayern führen soll.

## Der Kampf um die Gemeindewahlen.

Der Landtag tritt am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, nachdem die vorige Sitzung am 3. April durch Beschlußunfähigkeit ohne Ergebnis verlaufen war. Auf der Tagesordnung steht wiederum die Frage der Verschiebung der Gemeindewahlen, jedoch erst als sechster Punkt. Vorangehen sollen auf der Tagesordnung die ersten Beratungen des Rotenals für 1924, des Gesetzesentwurfs über die Zivilstandsgerichte und des Gesetzesentwurfs über die Verfassung der Staatsminister, sowie alle drei Beschlüsse der Gesetzentwürfe über die Bestrafung der Schulverweigerung und über die Erweiterung des Stadtkreises Kiel. Es ist anzunehmen, daß die Abstimmung über die Verschiebung der Gemeindewahlen ebenso ergebnislos verlaufen wird wie am 3. April. Da auch nach der Abstimmung in der zweiten Besung dieses Gesetzesentwurfs eine geschäftsordnungsmäßige Frist bis zur dritten Besung einzuweisen muß, so ist kaum damit zu rechnen, daß noch ein Beschluß über die Verschiebung der Gemeindewahlen zustande kommt.

## Verhandlungspause!

### Der französische Widerstand erzwingt Verschiebung.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Vertagung der für Mittwoch nachmittags anberaumten Sitzung der Reparationskommission wird in einem halbamtlichen Kommuniqué damit begründet, daß bisher noch keine der alliierten Regierungen auf das Begleitschreiben der Reparationskommission vom 17. April geantwortet habe. In dieser bisher nicht veröffentlichten Rolle hatte die Reparationskommission der alliierten Regierungen das Gutachten der Sachverständigen zur Annahme empfohlen, damit die vorgeschlagenen Pläne so weit als möglich in vollem Umfang wirksam würden und um bestmögliche Antwort gebeten, ob die alliierten Regierungen bereit seien, dieser Empfehlung Folge zu leisten. Weiterhin wird mitgeteilt, daß die Reparationskommission die für Mittwoch in Aussicht genommene Ernennung der von ihr zu bestimmenden Mitglieder der verschiedenen Organisationen zu verschiedenen beabsichtigt, da die deutsche Regierung die Namen der von ihr zu wählenden Mitglieder noch nicht bekanntgegeben habe. Eine neue Sitzung der Reparationskommission würde unter diesen Umständen kaum vor nächster Woche stattfinden können.

Soweit die offizielle Begründung. Die Wahrheit dürfte sein, daß man innerhalb der Reparationskommission angesichts der intransigenten Haltung der französischen Regierung eine Fortsetzung der Diskussion im Augenblick für aussichtslos hält, und um die vorhandenen Gegensätze nicht zu offenem Ausbruch gelangen zu lassen, vorzöge, die Dinge dikatorisch zu beherrschen in der Hoffnung, daß es den von verschiedenen alliierten Kabinetten eingeleiteten Bemühungen gelingen werde, die französische Regierung zu einer Modifikation ihres Standpunktes zu bestimmen. Insbesondere die belgische Regierung soll sehr lebhaft um das Zustandekommen einer Einigung zwischen London und Paris bemüht sein.

## Der Brief an Barthou wird verleugnet.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung läßt am Mittwoch durch die ihr nahestehenden Blätter die Mitteilung verbreiten, daß der Brief Poincarés keineswegs die offizielle Antwort der französischen Regierung auf die Note gemessen sei, mit der die Reparationskommission das Gutachten der Sachverständigen überreicht hat. Das Schreiben sei an Barthou nicht in seiner Eigenschaft als Präsident der Reparationskommission, sondern als Delegierter Frankreichs gerichtet gewesen und habe lediglich den Zweck gehabt, diesen über die Auffassung und die Absichten der französischen Regierung zu informieren. Sein Inhalt sei keineswegs zur Mitteilung an die Reparationskommission bestimmt gewesen.

Diese Verleugnung stellt bestätigt, daß es Barthou in der Tat gelungen ist, den französischen Ministerpräsidenten von dem Widerstand seines Briefes zu überzeugen.

## England sieht klar.

London, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Presse stellt ziemlich einmütig fest, daß Poincarés Haltung zum Sachverständigenbericht der Generalität zwischen London und Paris erheblich verschärft hat. „Daily Herald“ (Lon.) sagt, diese Gegenstände könnten schließlich einen Punkt erreichen, wo die Zusammen-

arbeit unmöglich wird. Das sei eine Möglichkeit, der man ins Auge sehen müsse, allerdings läge noch keine Beweise vor, da die französischen Wahlen einen Stimmungsumschwung bringen könnten. England müsse deshalb bis dahin Geduld haben.

## Poincaré will verschleppen.

### Darf ihm Deutschland dabei helfen?

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Havas verbreitet einen offiziellen Kommentar über den Beschluß der Reparationskommission vom 17. April. Ministerpräsident Poincaré und der französische Delegierte in der Reparationskommission Barthou hätten gestern festgestellt, daß sie zwar vollkommen einig seien, denn die Reparationskommission habe einstweilen entschieden, die Schlussfolgerungen der Sachverständigen, soweit sie ihrer Beurteilung unterliegen, zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin vorgeschlagen waren, woraus man keineswegs schließen dürfe, daß die Reparationskommission darauf verzichte, die Schlussfolgerungen auszuwerten, bei denen eine Korrektur notwendig erscheine, da die Entscheidung der Reparationskommission im letzten Artikel ja ausdrücklich feststelle, daß die Sachverständigen selbst diese Arbeit der Anpassung vorgezogen hätten. Dieser Arbeit würde sich die Reparationskommission unverzüglich widmen, namentlich was die Schaffung der vorgesehenen Neureorganisationen anbetreffe: die Emissionsbank, Reichsbahngesellschaft, industrielle Hypothek usw. Es sei klar, daß nach dieser Ausarbeitung (mise au point) die Reparationskommission unabhängig von ihrem vorläufigen Beschluß vom 17. April, der nur diesen leitenden Grundsatze festgelegt habe, schließlich einen Beschluß in bindender Form vorlegen werde, der die Verpflichtungen Deutschlands ohne Zweideutigkeiten festlegen und mitteilen werde. Um Zeit zu gewinnen, und da das erste Zahlungsjahr von dem Lage an berechnet werde, an dem der Plan angenommen und in Kraft gesetzt worden sei, habe die Reparationskommission von dem Deutschen Reich die Vorbereitung der Gesetze und Erlasse verlangt. Die deutsche Regierung sei in der Lage, diese Ausarbeitung unverzüglich vorzunehmen. Die Pläne müßten von der Reparationskommission gelüftet werden. Diese behalte also immer das letzte Wort. Durch dieses Verfahren werde man Schikanen vermeiden, welche die deutschen Juristen hinsichtlich des Textes sicherlich hervorgerufen hätten, wenn die Alliierten ihn ausgearbeitet hätten.

Die offizielle Auslassung sagt dann, daß in letzter Linie die alliierten Regierungen an der Durchführung des Sachverständigenplanes teilnehmen müßten. Ihre Mitarbeit werde verschiedene Male, wenn auch in sehr allgemeiner Form, betont, sei es, was die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands anlangt, sei es hinsichtlich eventueller Garantien und Sanktionen u. v. a., welche dazu bestimmt seien, die Ausführung des Planes sicherzustellen. Schließlich könnten auch noch andere Probleme, welche die Sachverständigen abschließend übergegangen hätten, aufgeworfen werden, so die Regelung der interalliierten Schulden. Man müsse also die Interpretation abwarten.

Welche die alliierten Regierungen dem letzten Beschluß geben. Wenn sie im Besitz dieser Antworten sei, werde die Reparationskommission gut daran tun, ihre eigenen Kompetenzen zu bestimmen und den alliierten Regierungen die Fragen zu bezeichnen, die sie ihnen zur Regelung überlassen zu müssen glaube. Nach dieser Richtung sei es zweifellos opportun, abzuwarten, bis die Reparationskommission die gesamte diplomatische Arbeit vollendet habe, welche zu einer endgültigen Entscheidung führen müsse, bevor die Regierungen selbst aufgefordert würden, sie zu ergänzen. Wenn man auf diese Weise vorgehe, würden die Alliierten in der Lage sein, sich in direkter Kenntnis der Lage auszusprechen.

Der langen Rede kurzer und überall verständlicher Sinn ist: Poincaré will die Vorschläge der Sachverständigen verzerren und verzögern. Um so mehr muß das deutsche Volk für einen Reichstag sorgen, der durch Ausführung des Expertenprogramms die Verantwortung für seine Beteiligung vor aller Welt Frankreich tragen läßt!

## Die Maifeier in Paris.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Gewerkschaften erlassen einen Aufruf an die Arbeiterschaft, den 1. Mai in gewohnter Weise durch Arbeitsruhe zu feiern und für die Aufrechterhaltung des Achtstundertages und die Durchsetzung der übrigen Arbeiterforderungen zu demonstrieren. Im Pariser Stadtrat ist von bürgerlicher Seite der Antrag eingebracht worden, am 1. Mai von üblicher Aufstellung der Polizei auf den Straßen und offenen Plätzen der Stadt, die in den Arbeiterkreisen als Provokation empfunden wird, abzusehen und stattdessen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Kräfte in den Kasernen aufzubereiten zu halten. Bei der reaktionären nationalistischen Wehrheit des Pariser Stadtparlaments ist jedoch kaum anzunehmen, daß dieser Antrag angenommen werden wird.

## Quidde und Macdonald.

In der bürgerlichen Presse wird seit Tagen das Gerücht verbreitet, Professor Quidde sei auf Veranlassung der englischen Regierung aus der Haft entlassen worden. Nachdem auch der aus dem Hitler-Prozess bekannte Justizrat Kohl im Verfahren gegen die Hitler-Gerichtlichen auf das Gerücht Bezug genommen hatte, wird die Nachricht nunmehr amtlich widerrufen. Richtig ist, daß der englische Premierminister Macdonald sich am 28. März nach dem Beschluß des Professors Quidde bei der deutschen Regierung erkundigt hat. Zu dieser Zeit war aber Professor Quidde nicht mehr in Haft, da der Haftbefehl schon am 21. März mangels Nichtverdachts aufgehoben worden war.

## Coolidges Friedensrede.

Washington, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) In seiner in kurzem Auszug bekanntgewordenen Rede beim Festessen der Associated Press erklärte Präsident Coolidge u. a., man habe allen Grund dafür anzunehmen, daß Amerika nunmehr aktiven Anteil an dem Friedenswert in Europa nehmen werde, um alle möglichen Vorteile für den eigenen Handel daraus zu ziehen und der Wiederherstellung normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen und Zustände zu dienen. Eine endgültige Entscheidung über das Reparationsproblem werde eine neue Zeit des Friedens und des guten Einverständnisses zwischen den Völkern herbeiführen, die bisher zu Recht oder Unrecht ihre Ansprüche stets mit den Waffen entschieden hätten. Die ganze Welt wisse, daß die

amerikanische Regierung jede Beherrschung durch Waffengewalt verabscheue

und der Anschauung sei, daß man überall nur durch Charakter, Moral und die Gewalt des Friedensgedankens herrschen könne. Die Vereinigten Staaten seien infolge ihrer pazifistischen Politik jedem Kriege feind, denn ein Krieg sei nur geeignet zu zerstören, und sie arbeiten für den Frieden, der aufbaue. Er hoffe, daß die Beziehungen zwischen den Völkern durch Verträge und internationale Rechtsabmachungen so geregelt werden könnten, daß ein dauerhafter Friede in Aussicht stehe.

Das amerikanische Einwanderungsgesetz wird am Freitag die Senatkommission und das Repräsentantenhaus beschäftigen. Man glaubt nicht, daß Präsident Coolidge von seinem Vetorecht Gebrauch machen wird.

# Gewerkschaftsbewegung

## Drohende Aussperrung im Baugewerbe.

In einer Baulegitimiererversammlung des Baugewerksbundes am Mittwochabend teilte der Referent Gehrke mit: Nachdem die Zimmerer in den Streit getreten waren und die Unternehmer mit Rücksicht hierauf die Verlängerung der Erklärungsfrist zum Schiedsgericht beantragt hatten, hat der Schlichter versucht, eine erneute Verhandlung der Parteien in die Wege zu leiten. Die Arbeitgeber haben aber jetzt erklärt, sie hätten unter den gegenwärtigen Umständen kein Interesse mehr an dem Schiedsgericht, ebensowenig könnten sie sich an neuen Verhandlungen beteiligen, da sie bereits beschlossen hätten, am Sonnabend die allgemeine Aussperrung vorzunehmen.

Der Referent bemerkte hierzu: die Bauarbeiter würden abwarten, wie weit die Unternehmer ihre beschlossenen Kampfmaßnahmen ausführen. Die Arbeiter würden nichts tun, was die Kampffront der Unternehmer stärken könnte. Ihre Gegenmaßnahmen würden sie der jeweiligen Situation anpassen.

Diese Meinung kam auch in der Diskussion überwiegend zum Ausdruck.

## Vereinbarung in der Berliner Metallindustrie.

Am 23. April fanden zwischen den beiderseitigen Organisationen erneut Verhandlungen über den Abschluss eines Tarifvertrages statt. Nach längerer Beratung wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Die Geltungsdauer des Rahmenvertrages für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Berliner Metallindustrie vom 23. August 1923 sowie die der Vereinbarung über die Arbeitszeit vom 5. Januar 1924 wird bis zum 1. Juni 1924 einschließend verlängert.

gez. Oppenheimer.

Urth.

## Auszahlung der Beamtengehälter.

Das Reichsfinanzministerium wird den Reichsbeamten am 30. April die Bezüge wieder für einen ganzen Monat auszahlen. Es empfiehlt den Beamten, sich wieder wie früher Bankkonten zur Ueberweisung der Monatsgehälter einzurichten. Gleichzeitige spricht es die Erwartung aus, daß die Länder und Gemeinden sich dem Vorgehen des Reiches anschließen mögen.

## Zum Streit bei Glaser und Pflaum.

Die Arbeiter der Firma F. C. Glaser u. R. Pflaum in Berlin, Ritterstr. 11, stehen seit vierzehn Tagen im Streit. Die Firma hat den Kleinbetrieb der Kruppischen Feld-, Forst- und Industriebahnen. Eine bürgerliche Korrespondenz meldet nun, mehrere „Arbeitswillige“, die gestern nachmittag aus dem Betrieb kamen, seien von den Streikenden überfallen und mißhandelt worden. Ein Schlosser Walter Gasse aus der Frankfurter Straße habe dabei mehrere Verletzungen davongetragen. Einer der Täter sei festgesetzt worden.

Ueber die schmachvolle Rolle, die die „Arbeitswilligen“ in den legalen Lohnkämpfen der Arbeiter spielen, ist kein Wort zu verlieren. Für die Streikenden ist natürlich die Frage von größter Bedeutung, wie sich dieser selbsttätigen unsozialistischen Elemente erwehren können, die keinen vernünftigen Auseinandersetzungen zugänglich sind die wohl die Früchte eines erfolgreichen Streiks auch für sich recht gern in Anspruch nehmen, das Streikrisiko aber den andern, den „Nummern“ überlassen und es durch ihre Ausreißerdienste erheblich vergrößern. So beargwöhnt die Erfahrung der Streikenden über diese „Arbeitswilligen“ im gegebenen Falle auch ist, so darf sie doch nicht soweit gehen, sich an ihnen zu verarrestieren. Unsere Gegner schafften die Brügelstraße darf nicht nur Theorie bleiben, sie muß sich praktisch auswirken. Die Streikposten dürfen in keiner Situation den Kopf verlieren, sich auch nicht provozieren lassen. Bleibt die Berachtung der Streikbrecher wirkungslos, dann haben auch ein paar Ohrfeigen ihre Wirkung verfehlt. Die Streikenden aber müssen sich sagen, daß sie durch täuschliches Vorgehen gegen Streikbrecher ihre Position nicht verbessern, sondern unter Umständen total erschweren und abendern dem Unternehmertum Material liefern für ihre Anstrengungen, die Polizeibehörden völlig in den Dienst des „Arbeitswilligen“-Schutzes zu stellen.

Diese Bemerkungen sind allgemeiner Art und haben an sich mit dem offenbar aufgebauchten Bericht über den Zwischenfall bei dem Streit in dem Betriebe von Glaser u. Pflaum nichts zu tun. Ueber den Streit selbst ist der „Rote Fahne“ berichtet worden, daß die Firma die Streikenden entlassen hat und damit den Streit für beendet hält. Damit suche sie die Fernhaltung der Streikposten durch die Polizei zu begründen und lasse die Streikposten verhaften. Der Rechtsanwalt der Firma hat dem früheren Betriebsrat ein Schreiben an die Streikenden zugesandt, worin es heißt: „Sollten sich heute oder später derartige Vorfälle vor dem Hause Ritterstr. 11 zeigen, so wird meine Mandantin sich veranlaßt sehen, unmittelbar polizeiliche Hilfe gegen Sie persönlich in Anspruch zu nehmen.“

Den Streikenden wird außerdem mit Schabenerfahrungen gedroht für den Fall des Streikpostenlebens. Daß das nicht die rechte Art ist, Differenzen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen beizulegen, müßte der Firma von vornherein bekannt sein. Sind jetzt Ausschreitungen vorzunehmen, so hat sie durch ihr rigoroses Vorgehen nicht wenig mit dazu beigetragen.

## Arbeitszeitkampf der Werftarbeiter.

Hamburg, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Osterfestabend hatten die Werftarbeiter durch Bekanntmachung in den Tageszeitungen zur Arbeitsaufnahme auf den Werften am Mittwoch unter den von ihnen diktierten Bedingungen, die u. a. den Reinstunden tag festlegten, angefordert. Die seit 8 Wochen ausgesperrte Werftarbeiterschaft nahm am Dienstag in drei überfüllten Versammlungen zu diesem Diktat der Unternehmer Stellung und lehnte einstimmig ab, unter diesen Umständen in die Betriebe zu gehen. Am Mittwochmorgen, am dem

## Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für Mai noch nicht vorgenommen haben, müssen noch heute das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

die Unternehmer die Betriebe geöffnet hatten, sammelten sich ausgesperrte Arbeiter an den Werfteingängen. Beim Signal zur Arbeitsaufnahme machten sie aber demonstrativ lehrte. Von etwa 15.000 Arbeitern haben nur 50 die Arbeit aufgenommen. Nach diesem Fehlschlag des Unternehmerdiktats bleibt abzuwarten, ob der Verband der Eisenindustriellen seine Drohung auf Aussperrung der Gesamtarbeiterschaft der Metallindustrie der Wasserfront wahrnehmen wird. Sollte es zu diesem großen Kampf kommen, so ist zu erwarten, daß auch die Hafenarbeiterschaft und andere bedeutende Berufsgruppen in Mitleidenschaft gezogen werden.

## Der deutschnationale Landarbeiterverband.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird mitgeteilt:

„Der deutschnationale Zentralverband der Landarbeiter entwickelt sich mehr und mehr zu einer Organisation gegen die Landarbeiter. In Schlesien und Ostpreußen hat er Tarife unterzeichnet, die die Landarbeiter in die bedrängtesten Verhältnisse bringen und ihre Existenz in Frage stellen. Auch in Medienburg bemüht er sich, Landarbeiterpolitik auf diese Weise zu betreiben. Der Zweck solcher Einstellung ist klar. Man will den Deutschen Landarbeiterverband vom Tarifvertrag ausschalten, um allein Tarifverträge zu schließen und den Landarbeitern zu erklären: „Seht, der Deutsche Landarbeiterverband ist nicht mehr imstande, Euch einen Tarifvertrag zu verschaffen.“

Die neuesten Heftentaten dieses Zentralverbandes in allen Einzelheiten zu bekämpfen, würde zu weit führen. Es sei hier lediglich der Tarifabschluß in Ostpreußen verzeichnet. Vor einigen Wochen vereinbarte der Deutsche Landarbeiterverband mit dem Zentralverband, der Arbeitgebervereinigung die Forderung zu unterbreiten, den Gesamtstundenlohn eines ostpreussischen Deputatarbeiters auf 32 Pf. festzusetzen. Eine Uebersetzung konnte in dieser Forderung nicht erklärt werden, wenn bekannt wird, daß dieser Lohn schon seit langer Zeit in diesen Ostpreußens gezahlt wird. Die Arbeitgeber lehnten die Forderung rundweg mit dem Bemerkung ab, nur einen Lohn zuzulassen zu wollen, der den Vorkriegslohn angepaßt ist. Hierfür konnte der Deutsche Landarbeiterverband nicht eingehen, weil der Vorkriegslohn der ostpreussischen Landarbeiter einmal sehr unterschiedlich war und zum anderen nicht als auskömmlich bezeichnet werden konnte. Der Zentralverband aber kamte mit den Arbeitgebern hinter den Kulissen und ließ sich von ihnen einen Tarifvertrag aufzwingen, der als glatte Preisgabe der Landarbeiterinteressen angelehrt werden muß. Soweit bisher Einzelheiten des sorgfältig geheim gehaltenen Vertrages bekannt wurden, hat man eingewilligt, den Deputanten das Getreidebepreises von bisher 87 auf 43 Zentner pro Jahr auf 29 bis 31 Zentner zu kürzen. Obendrein läßt man den Landarbeitern da und dort einen Teil vom Gartenland wegnehmen.

Die Pflanzüberstunden, die bisher bezahlt wurden, sollen unentgeltlich geleistet werden. Für alle diese Nachteile bekommt der Landarbeiter eine Lohn-erhöhung von 60 bis 90 Mark pro Jahr. Die ganze Verwerflichkeit der Handlungsweise des Zentralverbandes wird erst recht klar, wenn man erfährt, daß der neue Gesamtstundenlohn 22 Pf. beträgt, wenn die Milch- und Holzlieferung so bewertet wird, wie sie rechtmäßig bewertet werden müßte. Aber auch von diesem Betrage ist noch ein Abzug zu machen, denn die Frau des Deputanten, die an mindestens 200 Tagen in Arbeit gehen muß, erhält bei durchschnittlich achtfundzwanzig Arbeitsstunden einen Stundenlohn von 8 Pf., während nach dem von uns im Februar abgeschlossenen Kreistarif Goldap die Frauarbeiterin 25 Pf. pro Stunde erhält. Die Deputantenfrau erhält also rund 16 Pf. zu wenig. Diese 16 Pf. pro Stunde für 1600 Arbeitsstunden der Frau sind vom Gesamtlohn des Deputanten abzuziehen, so daß bei angemessener Bezahlung der Arbeit der Frau sich der Stundenlohn des Deputanten um weitere 8,9 Pf. verringert und mithin nur 13,1 Pf. pro Stunde beträgt.

Also ganze 13 Pf. Stundenlohn führt der Tarifvertrag einem Landarbeiter zu, für den man anfänglich einen Stundenlohn von 32 Pf. forderte. Jeder Mensch, der sich noch etwas Ehrgefühl bewahrt hat, wird zugeben müssen, daß schändlicher mit Landarbeitern Interessen nicht gespielt werden konnte, wie hier vom Zentralverband der Landarbeiter gespielt wurde. Und eine solche Organisation nennt sich noch „Landarbeiterverband“! B. Jui Teufel!

## Arbeitszeitkampf in Stolzenhagen-Krattwied.

Stettin, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Seit dem 24. März sind 1300 Arbeiter des Eisenwerkes „Hütte Kraft“ in Stolzenhagen-Krattwied bei Stettin ausgesperrt, weil sie nicht gewillt sind, in einer zehnstündigen Arbeitszeit mit zehnstündiger Bereitschaft zu arbeiten. Am Dienstag haben die Arbeiter erneut einstimmig beschlossen, im Kampf auszuharren. In der Entschlossenheit der Arbeiterschaft, die hinter ihren Organisationen steht, sind bisher alle Forderungen der Direktion des Werkes gescheitert. Die Direktion versucht nun, Arbeitskräfte aus dem Ruhrgebiet und anderen Teilen Deutschlands heranzuziehen. Man spiegelt den Arbeitern vor, daß in Stolzenhagen-Krattwied eine neue Fabrik aufgemacht werden sei, in der Fachleute bei freier Kost und 75 Pf. Stundenlohn Beschäftigung finden könnten. Es sind bereits eine Anzahl solcher Arbeiter angeworben worden und auch eingetroffen. Sobald diese Arbeiter aber bemerken, daß sie ihren ausgesperrten Kollegen in der Röhren fallen sollen, verweigerten sie die Arbeit. Besser ist es aber auch für sie, wenn sie nicht erst zu dieser „Kraft-Hütte“ hinkommen.

## Schiedsgericht im Ruhrbergbau.

Bochum, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Das zur Beilegung des Lohnstreiks im Ruhrbergbau am Mittwoch in Essen unter Vorsitz des Schlichters für Rheinland-Westfalen zusammengetretene Schiedsgericht fällt einen Schiedsspruch, der ab 15. April eine Erhöhung des Zinnerhauerlohnlohn, der jetzt 4,70 M. beträgt, um 70 Pf., also auf 5,40 M. vorsieht. Alle übrigen Schiedslohn- und der Hauerdurchschnittslohn werden entsprechend erhöht. Der Hauerdurchschnittslohn beträgt demnach ab 15. April 4,21 M.

## Teilschiedsgericht für die Rheinschiffahrt.

Duisburg, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichsarbeitsministerium hat in dem Streit über die Löhne und die Arbeitszeit in der Rheinschiffahrt einen Teilschiedsgericht gefällt, der die zwölfstündige Nachtruhe während der Fahrt und den achtstündigen Arbeitstag im Hafen beim Laden und Entladen grundsätzlich aufrechterhält. Der Schiedsspruch sieht auch eine geringe Lohnerhöhung vor. In der westdeutschen Rheinal- und Weserschiffahrt sowie bei den staatlichen Schleppern bleibt die Streikfrage nach wie vor bestehen.

Im Mansfelder Revier streifen jetzt 6000 Bergarbeiter. Der Wolf- und Hohental-Schacht liegen gänzlich still. Der Regierungspräsident in Merseburg, Genosse Bergmann, hat sich zu Verhandlungen nach Eisleben begeben.

Die Metallarbeiter im Bezirk Magdeburg-Anhalt-Halle haben den Schiedsspruch mit 48 Pf. Epochenlohn abgelehnt.

Auch in Stuttgart ist die Buchdruckerbewegung nunmehr beendet. Die Gehilfen erhalten eine Zulage, wie sie das Schlichtungsabkommen in München vorsieht. Heute werden die bürgerlichen Blätter wieder erscheinen.

Die Aussperrung der englischen Werftarbeiter wurde zurückgenommen, da die Arbeiter der Schiffswerften in Southampton die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Die Eisenbahner in Neuseeland sind wegen Lohnunterschieden im ganzen Dominion in den Streit getreten.

## Achtung, Eisenbahner!

Am Freitag, den 25. April 1924, abends 7 Uhr, im Türkischen Hof, Charlottenburg, Berliner Str. 33, große öffentliche Eisenbahnerversammlung. Die Bedeutung des neuen Reichstages für die Eisenbahner. Ref.: Reichsbahnminister. Preis: 10 Pf. Eintritt frei. Eintrittskarte: 10 Pf. Eintritt frei. Der Vorstand des VBBB-GH abrunder.

Wahltag, VBBB-Büder und Anhaltens! Am Sonnabend, 26. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gosl. 3, Engelauer 24/25, wichtige Protokollversammlung. Stellungnahme zum Verbandstag. Die Reichstagswahl. Anrede. Es ist Pflicht aller Genossen, diese Versammlung zu besuchen! Der Protokollvorstand tritt um 6 Uhr zusammen. Parteiausweis legitimiert. Der Protokollvorstand.

Verband der Güter- und Güterarbeiter, Gruppe Stadt, Göttinger 1. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, Versammlung im Gosl. 3 des Gewerkschaftshaus, Berlin, Engelauer 24/25. Bergarbeiter und Kleinrentner. Versammlung am Freitag, 26. April, nachmittags 5 Uhr, in den Reihenhäusern, Sandberger Str. 22. Musikinstrumentenmacher. Funktionärsversammlung am Freitag, 26. April, nachmittags 5 Uhr, im „Reihenhäuser Hof“. Datab. Korporelles. Freitag, allgemeine Datab-Mitglieder-Versammlung im „Krolo-Gosl“ des „Deutschen Hofes“, Aufseer Str. 13, 1. Boxton von Eich Gosenbeler. Die Angehörigen und die Reichstagswahl. 2. Wahl der Vertreter zum Sonntag, 27. April, 10 Uhr, im „Reihenhäuser Hof“. Mitglieder dringend notwendig! Eintritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches. Beiträge können in der Versammlung entrichtet werden.

Seitens des VBBB für Politik: Groß-Kreuz; Wirtschaft; Kultur; Solidarität; Gewerkschaftsbewegung; J. Steiner; Neuland; Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges; Fritz Kurbel; Anzeigen; Ed. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt; Carl Glaser u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 3. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Reimwelt“.

Sophien-Säle Telephone: Norden 9296  
Säle frei! Sophienstr. 18

## Emil Paffke

(1. Vorsitzender des Vereins Berliner Kaffen-Raucher hat das Schlußwort:



ich freue mich festzustellen, daß nach dem Bericht des Kollegen Rauchringel die Wortmeldungen zurückgezogen wurden. Da weiter nichts vorliegt, können wir die heutige Sitzung schließen. Gestatten Sie mir aber vorher noch einige Worte: Ich freue mich, daß die Arbeit unserer Prüfungskommission nicht umsonst gewesen ist und daß die endlich gefundene TELEPATH uns in aller Zukunft der Mühe, eine uns wirklich zusagende Zigarette zu finden, enthebt. Darum schlage ich vor, daß von jetzt an unsere Devise ist: Bist du Raucher — rauch Asoryl!

# Häuser fürs Volk.

## Was eine gemeinnützige Baugenossenschaft leisten kann.

In unseren Tagen fließen die Gelder in der kapitalistischen Bauwirtschaft aus Kriegs- und Bolulagewinnen zweifelhaftester Art. Spekulanten betätigen sich auf dem Baumarkt. Gerade in der Nachkriegszeit sind erhebliche Summen in überflüssigen Luxusbauten verschleudert worden. Dabei kommt es gerade in Deutschland, dessen Bevölkerung besonders hart unter der Not zu leiden hat, darauf an, nur solche Arbeit zu leisten, die zur Vermehrung der volkswirtschaftlichen Güter beiträgt. Dieser Verschwendung von volkswirtschaftlicher Kraft wollen die sozialen Baubetriebe entgegenwirken. Sie wollen dem technischen Fortschritt im Baugewerbe Eingang verschaffen und wahrhaft gemeinnützig bauen. Nach kurzem Bestehen haben sie für die Verwirklichung dieses Willens schon so manchen unwiderleglichen Beweis erbracht.

### Neue Bauwirtschaft.

Die Ursache für den Tiefstand im Baugewerbe liegt in erster Linie darin, daß das Kapital automatisch dahinfließt, wo es den höchsten Zinssatz zu erwarten hat. Dem Baumarkt wurde stets um so mehr Kapital entzogen, je größer die Gewinne in der Industrie wurden. Kein privatkapitalistischer Unternehmer hätte bei der dadurch bedingten schwankenden Lage auf dem Baumarkt gewagt, die Baubetriebe großzügig zu gestalten. So ist auch von wahrhaft fachmännischer Intelligenz im modernen privaten Baubetriebe wenig zu spüren. Diese Mängel wollen die Gemeinnützigen beseitigen, die sich in den Sozialen Baubetrieben zusammengefunden und damit die erste Großbetriebsorganisation auf diesem Gebiete geschaffen haben, die fast instandig aufgebaut ist und auch versucht, durch vernünftige Arbeitsstellung das Baugewerbe von den Nachteilen der Saisonarbeit zu befreien. Bei den Sozialen Baubetrieben ist das private Kapital völlig ausgeschaltet, sie sind ein Beispiel dafür, daß nur die organisierte Selbsthilfe der Hand- und Kopfarbeiter imstande ist, schrittweise die Forderung der Sozialisierung zu verwirklichen. Nicht durch Gesetz wird sozialisiert, die Gemeinnützigkeit muß vielmehr erst entstehen, dann wird sie sich auch gesetzliche Anerkennung erzwingen. Aus den Genossenschaften, die hier und da schon vor dem Kriege entstanden waren und die gleichsam nur als Rückendächer den Kleinwohnungsbau übernommen hatten, der für die kapitalistischen Baubetriebe herausgewachsen, die heute in dem Verband der Sozialen Baubetriebe, Berlin W. 50, Augustburger Straße 61, ihre Spitzenorganisation haben. Keiner privatkapitalistischen Organisation ist es bisher gelungen, innerhalb von drei Jahren in einer Zeit schwersten wirtschaftlichen Niederganges auf diesem Gebiet ein solches Werk zu schaffen. Über 250 Betriebe mit mehr als 20 000 Arbeitern sind hier vereinigt und schaffen mitten im kapitalistischen Wirtschaftskreislauf ein wirklich sozialer Grundriss. Und alles das ist das Werk von Arbeitern, Hand- und Kopfarbeitern, in Gemeinschaft mit ihren Gewerkschaften, die damit die Unternehmer auf ihrem ureigensten Gebiet angreifen. Die Unternehmer führen einen harten Kampf gegen diesen ernsthaften Wettbewerber. So forderte der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe seine Mitglieder auf zur Bekämpfung der Sozialen Baubetriebe, die Unkosten und die Unternehmergewinne auf ein Minimum zu beschränken. Trotz alledem haben die Sozialen Baubetriebe schon im Jahre 1921 bei einem Auftragsbestand von 470 Millionen Mark noch um 9 Proz. billiger als der billigste Privatunternehmer geliefert, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß sie gerade in dieser Zeit ihre erst neu beschafften Produktionsanlagen bezahlten mußten, die die privaten Unternehmer längst abgeschrieben hatten. Der Privatunternehmer wird aber immer teurer laufen, da er den öffentlichen Kapitalmarkt in Anspruch nehmen muß.

### Ein Werk der Hand- und Kopfarbeiter.

Die Sozialen Baubetriebe führen alle Arbeiten aus, die mit dem Baugewerbe in Verbindung stehen. Sie beschäftigen Maurer und Maler, Töpfer und Glaser, Möblierer und Elektriker, kurz, alle Berufe des Baugewerbes. Darüber hinaus sind sie bestrebt, auch die Baustoffe selbst zu gewinnen und so vom Urstoff bis zum vollendeten Werk alles aus eigener Kraft zu liefern und sich so nach jeder Richtung vom Privatunternehmer frei zu machen. Sie besitzen jetzt bereits 8 Sägewerke, 7 Jurtopfattenwerke, 4 Ziegeleien, 1 Schleier-

bergwerk, 6 Sandgruben, 10 Stein- und Sandsteinbrüche, 2 Zementwarenfabriken, 2 Kunststeinfabriken, 1 Gips- und Gipsdielenfabrik, 1 Baggerei, 1 Holzbearbeitungsfabrik, außerdem die Baustoff-Industriegesellschaft in End-Rothhof mit Sägewerk, Jurtopfattenwerk, Tischlerei usw. Die Bauhütten wollen in erster Linie Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung bauen. Sie hatten 1923 in noch nicht ganz dreijähriger Arbeit bereits 14 000 Kleinwohnungen erstellt. Wenn man diese Leistung als Maßstab für die Tätigkeit im Baugewerbe nimmt, so hätten die privaten Unternehmer in der gleichen Zeit 700 000 Kleinwohnungen erbauen müssen. Die Zahl der von ihnen fertiggestellten beläuft sich jedoch nur auf 200 000. Die gemeinnützigen Baubetriebe rechnen es sich als ein besonderes Verdienst an, Kleinwohnungsbau zu haben, die sowohl in ästhetischer wie in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht die von der Privatwirtschaft vor dem Kriege errichteten Bauten bei weitem übersteigen. Neben den Kleinwohnungen führen sie aber auch Industriebauten aller Art, Betonarbeiten, Bahnhöfe und Kanalbauten aus. Moderne Arbeitsmethoden und wissenschaftliche Betriebsführung gehen hier Hand in Hand. Der Vorkommung wird die größte Beachtung geschenkt. Die Verwirklichung der Montage auf den Baustellen führt die Arbeit dort wesentlich ab und gestattet, einen großen Teil der Bauweise in zweckmäßig eingerichteten Werkstätten zu bearbeiten. Durch diese Wohnweise verliert das Baugewerbe zum großen Teil seinen Wandercharakter. Dadurch wird aber auch erst die Verwendung von arbeitsparenden Maschinen möglich und rentabel.

### Betriebsdemokratie.

Der Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter in den Bauhütten erhält ein besonders festes Gefüge durch das Gemeinschaftsgefühl, von dem alle Beteiligten durchdrungen sind. Sie wissen, daß sie für ihren Betrieb arbeiten, sie behandeln die Materialien und Werkzeuge pfleglich, denn es ist ihr Eigentum, sie nutzen ihre Arbeitszeit und Kraft, denn sie wissen, daß ihr Schaffen mit ihrem eigenen Interesse und dem der Allgemeinheit verknüpft ist. Sie besitzen ein Mitbestimmungsrecht im Betriebe, wie es sonst nirgends zu finden ist. Der Betriebsrat besteht aus dem Geschäftsführer, einem von den Angestellten gewählten Vertreter, drei Vertretern der Arbeiterchaft und zwei beamteten Vertretern oder Vorstandsmitgliedern der beteiligten Gewerkschaften, die von allen im Betriebe beschäftigten Arbeitern gewählt werden. In diesem Betriebsrat ist der Gedanke der beruflichen Selbstverwaltung auf das glücklichste verkörpert. Er entscheidet über Einstellung und Entlassung der Angestellten und Arbeiter mit Ausnahme der Geschäftsführer und Prokuristen, über die Festsetzung der Gehälter und Löhne, er stellt die Betriebsordnungen auf, genehmigt Geschäfts- und Kreditabstufungen, soweit sie einen gewissen Mindestsatz überschreiten, und hat die sonstigen ihm von der Geschäftsleitung überlassenen und vom Aufsichtsrat übertragenen Befugnisse. Mit dieser Regelung haben die Bauhütten die besten Erfahrungen gemacht. Endlich möge noch darauf hingewiesen werden, daß die Bauhütten sich an Wettbewerben nur auf Grund wirklich einwandfreier Kalkulation beteiligen. Bei ihnen gibt es kein Preisrästelraten, das bei manchen Wettbewerben unter privatkapitalistischen Unternehmern schon die seltsamsten Blüten gezeitigt hat.

Das bisher Erreichte ist, trotzdem es den Gemeinnützigern mit Erfolg erfüllen kann, dennoch nur ein Anfang. Das große Ziel, das ihnen vorsteht, kann nur schrittweise erreicht werden. Die kleinen Betriebe von heute können nicht im Handumdrehen durch Großbetriebe ersetzt werden. Aber es ist der Anfang zu zweckentsprechender Gestaltung des Auftragsmarktes durch wissenschaftliche Betriebsführung und durch eine ständig gesicherte Kapitalzufuhr auf wahrhaft gemeinnütziglicher Grundlage gemacht worden. Endlich möge noch auf einen Uebelstand hingewiesen werden, der gerade im Interesse der Sache, die hier behandelt wurde, zu bebauern ist. Die Sozialen Baubetriebe beanspruchen keine Extrawurst, aber sie können mit Recht erwarten, daß wenigstens überall dort, wo die Anhänger des gemeinnütziglichen Gedankens in Staat und Gemeinde genügend Einfluß besitzen, sie zu den Wettbewerben herangezogen werden. Sie sind sicher, im ehrlichen Wettstreit den Sieg zu erringen. In

dieser Hinsicht haben viele unserer Genossen leider versagt. Es mag sein, daß sie dem jungen Unternehmen, weil sie es noch nicht kennen, nicht allzu viel zutrauen. Wie unrecht sie in diesem Falle aber haben, möge ihnen das Urteil eines politisch rechtsprechenden Parlamentariers beweisen. Der Abg. Rühmeyer von der Deutschen Volkspartei fällt in der Sitzung des Preussischen Landtages vom 26. Mai 1923 folgendes Urteil: „Die Sozialen Baubetriebe haben die leistungsfähigeren Leute und bringen eine Arbeitsfreudigkeit hervor, die in Erstaunen setzt. Ich werde Ihnen ein Beispiel sagen. Ich habe selbst mit der Bergedung von Bauten zu tun gehabt. Wir mußten, weil die Ausschreibung öffentlich war, der Sozialen Bauhütten den Bau übertragen, und das ist uns niemals leid gewesen. . . . Diese besondere Arbeitsfreudigkeit, dieses anerkennenswerte Solidaritätsgefühl ist doch gegenüber dem Handwerk ein erheblicher Vorteil.“ Unsere Genossen sollten, wenn im Wahlkampf die Durchführbarkeit sozialistischer Ideen bestritten wird, mit berechtigtem Stolz auf diese in schwerster Zeit ganz aus eigener Kraft geschaffenen Betriebe hinweisen.

### Die Opfer von Bellinzona.

Bisher 30 Tote. — Eine offizielle Darstellung.

Luzern, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Bis Mittwoch nachmittag sind über 30 Tote und 50 Schwerverletzte festgestellt worden. Unter den Opfern befinden sich auch die Lokomotivführer der vier Maschinen und die Heizer der Heizwagen. Auch mehrere Deutsche sind Opfer der Katastrophe. Als verwundet gemeldet sind bisher: der frühere Generaldirektor des Deutschen Kaiserpostals Forchmann in Berlin nebst Sohn und Tochter, ferner eine vierköpfige Berliner Familie Wolkmann, außerdem ein Reisender Otto Karl aus Bremen. Unter den Toten befinden sich ein Badener Kaufmann und eine Schweizer Familie von fünf Personen. Ein großer Teil der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden, da die Leichen völlig verrottet sind. Der materielle Schaden ist außerordentlich groß, allein die vier elektrischen Lokomotiven haben etwa 4 Millionen Frank gekostet.

Ein offizielles Kommuniqué der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen teilt folgendes mit:

Der Radschnellzug Frankfurt—Basel—Mailand—Genoa stieß gestern früh um 2.30 Uhr nördlich von Bellinzona im Rangierbahnhof von St. Paolo mit dem Radschnellzug aus Italien zusammen. Beide Züge waren je mit zwei elektrischen Lokomotiven bespannt, stießen in voller Fahrt aufeinander und wurden zertrümmert. Von dem Mailänder Zug geriet der erste nach dem Heizwagen zu führende badische Bierwägen-Wagen I. und II. Klasse Mailand—Basel—Berlin, der Gasbeleuchtung führt, in Brand. Eine noch nicht festgestellte Anzahl Reisende dieses Wagens verbrannte. Ferner verbrannte der nachfolgende italienische Bierwägen-Wagen I. und II. Klasse Mailand—Basel. Die Reisenden dieses Wagens konnten sich retten. Tot sind von dem Lokomotivpersonal 2 Führer, drei Heizer; verletzt sind zwei Führer und vier Heizer. Die Zahl der Toten läßt sich genau noch nicht feststellen, solange der in Brand geratene Wagen nicht geräumt ist. — Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der von Luzern kommende Radschnellzug das geschlossene Fahrsignal der Station Bellinzona überfuhr und dann in den von Chiasso kommenden Zug hineingefahren ist. Das Eisenbahnunglück wäre jedenfalls ohne die große Zahl von Todesopfern unter den Passagieren abgelaufen, wenn nicht der badische Wagen durch die Gasexplosion in Brand geraten wäre. Die neuen Schnellzugwagen, die auf der Gotthard-Linie Verwendung finden, sind nämlich derart stark gebaut, daß sie einen Zusammenstoß auszuhalten vermögen, ohne in Trümmer zu gehen. Die ganze Schwere des Unglücks ist auf die Explosion des Gasbehälters des badischen Wagens und den dadurch entstandenen Brand zurückzuführen. — Die Ursache der Gasexplosion war folgende. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Heizwagen der Schweizerischen Bundesbahn auf den mit Gasbehälter versehenen badischen Bierwägen heraufgeschoben. Dabei explodierte die Gasleitung, das Gas fand Zündung mit den brennenden Kohlen des Heizwagens und so entstand die Explosion. Die Reisenden in dem deutschen Wagen konnten dem Feuerort nicht mehr entkommen, denn im Nu stand der ganze Wagen lichterloh in Flammen. Der Radschnellzug aus Italien führte viele internationale Transittreffe mit. Nach der italienischen Bahnkontrolle war er von 15 Schweizern, 45 Deutschen, 52 Italienern sowie einigen Amerikanern, Norwegern, Franzosen und Engländern

## Das Zeichen.

Von Daniel Corkern.

(Schluß.)

Ich konnte ihn nicht dazu bringen, daß er Vertrauen zu mir bekam. Ich war diesen Topus eines Munsterländers schon früher begegnet und hatte unermutete Zeichen bei diesen Menschen gefunden, eine Entschlossenheit, die nicht geschwählig ist. Das hat uns bei der Einübung der Freiwilligen oft abgeholt, ihnen etwas anzuvertrauen, aber sie haben den ganzen Bandstrich fest in der Hand gehalten, besser als wir erwarteten. Sie gehen nach Amerika, nach England, nach Schottland und hoffen die Arbeiterbewegung dort in roter Blut. Man könnte Angst haben vor ihnen. Und Gregory war, das sah ich ihm an, noch ein ganz besonderer von dieser Art. Sogar seine Familie hatte das bemerkt.

Ich fühlte mich nicht ganz ungezwungen. Ich mußte an die Kopfbedeckung denken, die dem Gastwirt an mir gefallen war. Ich mußte, daß ich auf meiner stieligen Flucht von einem Orte zum andern, immer zu neuen Menschen, etwas von dem Soldaten angenommen hatte, der sich auf sein Glück verläßt, wie wir wohl alle uns nur zu oft auf unser Glück verlassen, manchmal als Waise, manchmal aber auch weil es uns Spaß macht. Ich würde erröten sein vor Scham, wenn in diesem Augenblicke etwas wie Heidenpole an ihm sichtbar gemordet wäre. Ein Mann wie Gregory schritt zurück vor solcher Offenkundigkeit, wird verlegen und verachtet sie. Und vielleicht war es deswegen, um einer solchen Enthüllung auszuweichen, daß ich jetzt anfing davon zu sprechen, wie ich dem Distriktsinspektor entwickelte, wobei sich mein Verhalten nicht sehr rühmlich ausgenommen hatte. Pflöglich hielt ich inne, weil die Augen dieser Menschen mich mit solch unerwartetem Ernst ansehnen:

„D, es war keine Lebensgefahr dabei, sie würden mir nichts gemacht, sie würden mich nicht erschossen haben,“ sagte ich, „schlimmstenfalls hätte ich die drei Jahre doch absitzen müssen.“  
 „Aber wenn Sie sich gewehrt hätten?“  
 „Ich würde mich nicht gewehrt haben.“  
 „Wir machen uns Gedanken wegen des Gastwirts,“ sagte nach einer Weile Gregorys Vater.  
 „Warum?“ fragte ich.  
 „Er könnte Sie noch verraten hinterher.“  
 Und nun erzählte ich, wie er mir gehoffen mit der Sicherheit eines Instinkts, und wie ich ihm beim Abschiede gedankt. Und plötzlich standen sie alle auf und schenken den anderen an.

„Er war es, Gregorys rechter Ohm,“ sagte der Alte mit einer Kopfbewegung zu seinem Sohne herüber.

„Ein Bruder von Euch?“ fragte ich.

„Ja, das wird er wohl sein,“ antwortete dieser ganz ruhig.

„Das muß wohl im Blute liegen,“ murmelte ich leise.

Dann aber tat es mir leid, daß ich ihnen das alles erzählt hatte. Denn jetzt war ich nicht mehr ein Hausgast, der bewirtet wird, sondern einer, den sie vor den Klauen seiner Verfolger hüten müssen. Ich sah, wie sie alle zugleich zum Fenster hinaussahen. Ein junger Burche, der bis jetzt zugehört hatte, ging wie zufällig hinaus vor das Hoftor, sah erst einen Augenblick nach der Morgenseite, dann nach dem Abend zu, wie wenn er in der Luft einen Geruch spürte, dann kam er wieder herein und setzte sich auf seinen Platz auf der Bank.

„Das ist ganz sicher auch einer von der Familie,“ dachte ich.

Gregory war in ein Schweigen gesunken, das er nicht unterbrach. Ein oder zweimal fing ich einen Blick auf, der auf mich gerichtet war, und ich fragte mich, ob ich etwa ein großsprecherisches Wort oder eine billige Redensart gebraucht oder mit dem Kopfe jene Bewegung gemacht hatte. Bieviel einfacher ist es doch, die müttigen kleinen Augen der Besucher eines Kriegsgerichtes anzusehen als diese fragenden Augen, in denen Bemüderung mit Liebe ringt.

In dieser Nacht teilte ich das Bett mit Gregory. Selbst als wir zu zweit allein waren und rauchten, konnte ich ihn nicht aus seiner Zurückhaltung reißen. Ich legte mich zuerst schlafen. Da fuhr er plötzlich auf, und seine Stimme war ein wenig verändert.

„Bist du ganz sicher, daß keine Gefahr ist? Sollen wir nicht Wache halten, der Jakob und ich — auf jeden würden nur ein paar Stunden kommen — und er wird es gerne tun — ich lenne ihn!“

Ich sagte: „Du mußt nicht alle Dinge so schwer nehmen.“

„Das sagen sie alle,“ rief er ruckweise hervor, „hab' mitleidig, hab' belustigt.“

Ich weiß nicht, wie viele Stunden schon ich tief geschlafen hatte, als ich von selber erwachte. Wie man das in einem fremden Raume immer tut, sah ich nach dem Fenster. Dort stand Gregory nach außen gelohnt.

„Gregory, um Himmelswillen, was machst du da?“

„Nichts, nichts, ich konnte nicht schlafen, immerfort hörte ich Leute herumstrahlen.“

„Aber nimm doch Vernunft an, guter Junge!“

„Alles ist ruhig draußen,“ sagte er und kam vom Fenster zurück.

„Und ich sage dir in allem Ernst, daß ich jetzt — bei dir Wache halten werde.“

„Ich hatte wirklich gedacht, ich hörte etwas —“

„Wenn du noch einmal aufstehst, so gehe ich hinaus und schlafe im Stalle, dort werde ich mehr Ruhe haben!“

„Aber denke doch, wenn sie dich hier in unserm Hause erwischen!“

„Großer Gott, die Familie Mhern würde diese Schande niemals überleben.“

Er lachte: „Wir sind nicht daran gewöhnt.“

„Woran?“ fragte ich.

„Solche Leute bei uns zu haben wie du bist. Aufständische, die angeklagt und verurteilt worden sind. — Ich glaube, ich würde ein sehr schlechter Soldat geworden sein?“

Ein schlechter Soldat? Er war wie ein junges Füllen, das ängstlich auf dem Platze tänzelt, das man aber erst einmal ins Rennen kommen lassen muß.

Als ich wieder aufwachte, stand mir der Schweiß auf der Stirn. Ich hatte geträumt: ich war gehängt und konnte trotzdem weiterreden. Hunderte standen vor mir mit bleichen und leidenschaftlich verzerrten Gesichtern — sie drängten sich nahe an mich heran und erschanden wieder. Alles war in Bewegung und der Grund war, weil meine Worte sie aufpisselten. Ich hatte zu ihnen gesprochen, wie ich es nie zuvor getan, ich hatte ihnen Barmherzigkeit und Hühnerworte zugeschiebert, daß sie sich vor Scham wänden und fortzuschließen. Und während all dieser Zeit suchte man mir den Mund zu stopfen.

Als ich ganz wach war, sah ich, daß ich mit meinem Rücken in Gregorys jungem, kräftigem und knochigen Arm lag — so wie ein schlafendes Kind sein hölzernes Pferdchen umfaßt hält. Als ich mich herauswand und das mit aller Behutsamkeit tat, wurde er unruhig. „Was? Was?“ gurgelte er, und dann rollte ein Haufen unzusammenhängender Worte heraus, aber bald war er wieder im festen Schlafe. Ich atmete leichter, er sollte nicht wissen, daß er mich so fest gedrückt hatte. Ich konnte nicht von meinem Gesicht ablesen, was er träumte, aber sicherlich schlenderte er nicht heroische Mutchoree gegen die Landesfeinde.

Zeit ist seitdem vergangen. Gregory ist jetzt der Anführer der jungen Mannschaft jener ganzen Gegend. Er hatte sie fest im Griff. Eines Nachts wird man ihn aus seinem Hause schleppen und erschließen. Oder er wird in einem Gefängnis freiwillig verhungern. Aber er wird nicht enttäuschen und keine Lorbeeren machen, wenn die große Zeit kommt.

(Aus dem Englischen von Joseph Grabisch)





Jugendveranstaltungen.

Achtung, Mitglieder!

Der „Proletarische Freizeitsport“ am Sonntag, den 27. April, im Großen Schauspielhaus...

Heute, Donnerstag, den 24. April, abds. 7 1/2 Uhr:

Gejundbunnen: Schule Golenberg Str. 2, Vortrag: „Das deutsche Eisenbahnen der Gegenwart.“



Servus Terpentin-Schuhputz macht wasserdicht

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus 7 1/2 Uhr: Tosca

Gr. Schauspielhaus Gasparone

Berliner Theater Das Weib im Purpur

Kleines Th. Carola Tölele

Residenz-Th. Sommerpietist

Trianon-Theater Zapfenstreich

Folies Caprice

Reigen

Trabrennen Mariendorf

Wien-Berlin

Das größte Programm!

10 Schlager

Nachmittags Vorstellung

Wie bekannnte warme und kalte Küche.

Th. im Admiralspalast

Deutsch. Opernhaus

Intimes Theater

Metropol-Theater

Neues Theater a. Zoo

Casino-Theater

Lessing-Th.

Deut. Künstler-Th.

Rose-Theater

Wilde Partien

Große Volksoper

Kammer-Oper

Central-Theater

Onkel Nastopsehl

Komische Oper

URANIA

Elite-Sänger

Ein grauer Kopf

Krause-Pianos

Besonders

Achtung, Jungwähler und -wählerinnen! Am Freitag, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr...

Achtung, Teilnehmer zum Wanderleiter-Kursus! Treffpunkt am Sonnabend, den 24. April...

Vorträge, Vereine und Versammlungen. „Im Kampf.“ Ueber dieses Thema sprechen in der Bezirksgruppe...

LUX SEIFENFLOCKEN advertisement featuring an illustration of a woman washing clothes and a box of Lux soap.

Am 24. April, abends 7 1/2 Uhr, im Falkenberg-Casino, Kleiststr. 41...

Wie ein Wunder wirkt San-Rat Dr. Strahls Haus-salbe bei Hautausschlag, Hautjucken, Flechten, besonders bei Heinschäden und Krampfadern...

Deutscher Metallarbeiterverband Verwalterstelle Berlin

Deutscher Metallarbeiter-Verband Zigarettenmaschinenführer und Betriebsführer

HOSEN HOSEN Herren- u. Knabenanzüge

Verkäufe

Musikinstrumente

Kaufgesuche

Unterricht

Verschiedenes

Geloverker

Arbeitsmarkt

Stellengebote

Westmann advertisement for clothing sale: Beginn des großen Modell-Verkaufs, Preisreduzierung bis 50%

Gicht Rheumatismus, Ischias, Frauenleiden Eisenmoorbad

Emma Heidelberg im Alter von 25 Jahren

Steppdecken preiswert, direkt Fabrik

Vereinszimmer

Ausstellungshalle am Kaiserdamm Deutsche Gastwirts- und Konditoren-Messe Berlin 1924

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro

Reisebüro



## Wie wird gewählt?

### Der Stimmzettel.

Bei der Wahl am 4. Mai werden nur amtliche Stimmzettel ausgegeben. Die Stimmzettelteiler der Parteien fallen diesmal weg. Auf dem amtlichen Stimmzettel stehen sämtliche Wahlvorschläge, im Wahlkreis Berlin also 18. Neben jedem Wahlvorschlag ist ein leeres Kreuz. In diesen Kreis neben dem Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, hat der Wähler ein Kreuz zu machen.

Im Wahlkreis Berlin sieht der Wahlvorschlag der USPD. an erster Stelle, in Teltow-Beeskow (Potsdam II) an zweiter Stelle. In Berlin beginnt der amtliche Stimmzettel so, wie das folgende Muster zeigt. An die Stelle, auf die der Pfeil zeigt, ist das Kreuz für die USPD. zu machen.

### Die Stimme für die USPD!

1. USPD.	2. DDP.
<input checked="" type="checkbox"/> Crispian <input type="checkbox"/> Heimann <input type="checkbox"/> Bohm-Schuch	<input type="checkbox"/> _____ <input type="checkbox"/> _____
3. SPD.	4. WP.
<input type="checkbox"/> _____ <input type="checkbox"/> _____	<input type="checkbox"/> _____ <input type="checkbox"/> _____

usw. im ganzen 18 Felder.

Jeder Wähler und jede Wählerin merke sich:

1. Gehe am 4. Mai früh zur Wahl.
2. Nimm einen Bleistift mit.
3. Laß dir beim Eintritt ins Wahllokal den amtlichen Stimmzettel und den amtlichen Umschlag geben.
4. Mache in dem dazu vorgesehenen Raum ein Kreuz in das Feld der USPD.
5. Stecke den Stimmzettel in den Umschlag und gib ihn dann dem Wahlvorsteher.

### Wahlschein.

Jeder kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Stimmliste er eingetragen ist. Wer am 4. Mai verreisen muß oder sich auswärts aufhält, muß sich rechtzeitig einen Wahlschein besorgen. Ebenso kann sich jeder einen Wahlschein besorgen, der vor dem 4. Mai noch in einen anderen Stadtbezirk verzieht. Der Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheins ist bei der zuständigen Gemeindebehörde (Bezirksamt) zu stellen. Die Ausstellung von Wahlscheinen erfolgt bis zum 2. Mai. Wer einen Wahlschein beantragt, muß sich bei der Gemeindebehörde mit Papieren (Wohnungsmeldeschein) ausweisen und den Grund für die Ausstellung eines Wahlscheins glaubhaft machen.

### Wer kann wählen?

Jeder Mann und jede Frau, die am 4. Mai 1924 zwanzig Jahre alt ist und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, wer am 4. Mai 1924 seinen zwanzigsten Geburtstag hat, kann wählen.

## Auf zur Wahl am 4. Mai! Wählt USPD!

### Die Parteienfolge in Potsdam II.

In der Sitzung des Wahlausschusses für den Wahlkreis Potsdam II (Teltow-Beeskow) wurde ohne Einspruch folgende Reihenfolge festgestellt: 1. Deutsche Demokratische Partei, 2. Vereinigte Sozialdemokratie, 3. Deutschsozialistische Partei (Runge), 4. SPD., 5. Deutsche Volkspartei, 6. Deutschnationalistische Volkspartei, 7. Deutschvölkische Freiheitspartei (Wulle), 8. Zentrum, 9. Sozialistischer Bund, 10. Berufspartei des deutschen Mittelstandes, 11. Häuser-Bund, 12. Republikanische Partei (RSPD), 13. Baltische Volkspartei, 14. Deutsche Arbeiterpartei, 15. Nationalistische Vereinigung, 16. Nationale Freiheitspartei, 17. USPD. (Siebtsch), 18. Nationalistische Volkspartei.

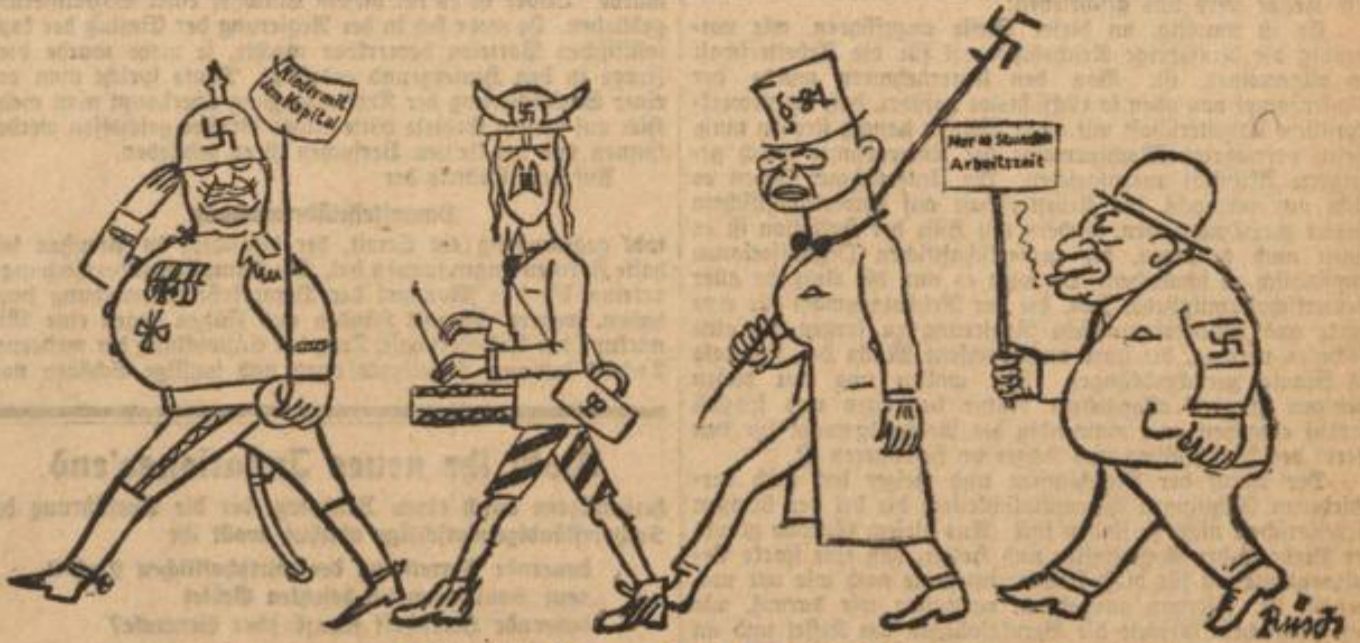
Die USPD. steht auf dem amtlichen Stimmzettel an zweiter Stelle. Bei der Wahl ist diese Stelle mit einem Kreuz zu bezeichnen.

Berlin, 23. April. (U.) Der Verbandswahlentscheid für den Reichstagswahlkreisverband II, umfassend die Wahlkreise 2 (Berlin) und 3 (Potsdam II), nahm heute die Prüfung der eingereichten Listenverbindungen innerhalb des Wahlkreises vor. Von den eingereichten 17 Wahlvorschlägen sind 15 mit den gleichartigen Wahlvorschlägen in Potsdam II verbunden worden. Die Deutschnationalistische Volkspartei hatte keine Listenverbindung vorgenommen.

### Aus der Arbeiterpartei.

In einer von 74 Personen besuchten Berliner Massenversammlung der „Deutschen Arbeiterpartei“ ertönt das Glorioso des Parteipräsidenten. Die Teilnehmer beginnen zu erwachen; das Referat des Reichstagskandidaten G. ist, wie vom Vorsitzenden berichtet wird, beendet. Einige „Darpa-Männer“ durchsuchen den Saal, um Mitglieder zu werben. In einem Tisch auf der „äußersten rechten Seite“ des Saales entwickelt sich zwischen dem Redner und einem Parteimitglied folgende Gespräch:

Darpi: Haben Sie aus dem Referat das Programm unserer neuen Einheitspartei entnommen?  
 Teilnehmer: Ja, ich habe gehört, daß die USPD. an allem Elend der Arbeiter Schuld ist.  
 Darpi: Ganz richtig, wollen Sie bitte diese Aufnahmekarte ausfüllen?  
 Teilnehmer: Nein, ich vermag nicht einzusehen, daß man die USPD. für die Sünden der bürgerlich-kapitalistischen Reichstagsmehrheit verantwortlich macht und sie mehr Arbeiterstimmen von der Sozialdemokratie abgeplündert werden, um so leichter wird die Reaktion im kommenden Reichstag ihr arbeitnehmerfeindliches Werk vollenden.  
 Darpi: Sie vergessen, daß unsere neue Partei den Vorteil bietet, politisch völlig unbefleckt in den Reichstag einzuziehen,



Die Wachtparade der Reaktion.

Ich werde euch führen,  
 ihr müßt nur marschieren,  
 und wenn's wieder schief geht,  
 mir kann nix passieren.  
 Heil!

Ich schlage die Trommel,  
 das macht mir viel Spaß,  
 und bin ich mal heiser,  
 dann trink i a Maß.  
 Dubelid!

I bin a Hochverräter,  
 fell macht mir nix aus,  
 i sag nur das eine:  
 Juden raus.  
 Teufel!

Ich bin ein Teutone  
 und an Sachwert hab ich auch. —  
 Zwölf Stunden müßt ihr schaffen —  
 dann wächst mir der Bauch.  
 Hurra.

Teilnehmer: Was heißt es denn, daß die Darpa un- befaßt ist?

Darpi: Das heißt, daß unsere Darpa-Führer und Reichstagskandidaten bisher, bis zur Gründung der Partei, überhaupt nicht politisch tätig und zum großen Teil auch nicht politisch, vor allem nicht sozialdemokratisch organisiert waren.

Teilnehmer: Welche weiteren Vorteile bringt die Mitgliedschaft in der Darpa?

Darpi: Unsere Partei übertrifft in der Gewährung von Mitgliedsrechten alle bestehenden Parteien Deutschlands. Wir sind die einzige Partei, in der jedes Mitglied mit dem Tage seines Eintritts in die Partei auch sofort eine eigene Reichstagskandidatur bekommt.

Teilnehmer: Dann haben Sie aber sicherlich schon alle Kandidaturen besetzt.

### Unsere Reichstagskandidaten.

#### Wahlkreis Berlin.

1. Artur Crispian, 2. Hugo Heimann, 3. Clara Bohm-Schuch, 4. Siegfried Kufhäuser, 5. Richard Fildner, 6. Dr. Julius Moses, 7. Hermann Wäger, 8. Dr. Walter Jechlin.

#### Wahlkreis Potsdam I (Niederbarnim).

1. Rudolf Wisfler, 2. Dr. Rudolf Breilschmid, 3. Marie Judasz, 4. Staat-Potsdam, 5. Hermann Müller-Lichtenberg, 6. Adolf Waidlich, 7. Dr. Salomon-Castanwalde, 8. Dr. Herz-Spanbau, 9. Viktor Schiff, 10. Frh. Thurn.

#### Wahlkreis Potsdam II (Teltow-Beeskow).

1. Frh. Jubel, 2. Eduard Bernstein, 3. Franz Künstler, 4. Eilfriede Rones, 5. Dr. Kurt Löwenstein, 6. Kurt Heinig, 7. Richard Krille, 8. Hans Holz, 9. Ella Seger, 10. Wilhelm Reimann.

### Gegen den Zersplitterungswahnsinn.

Gegenüber irtüföhrenden Meldungen erklärt Dr. Damaschke, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Bodenreformer, daß alle Mitteilungen über eigene Wahllisten der Bodenreformer für die Reichstagswahlen unrichtig sind. Wenn eine neue Partei ihrem Namen die Bezeichnung Bodenreformer zugefügt hat, so ist das geschehen ohne jede Fühlungnahme mit der organisierten deutschen Bodenreformbewegung.

Der Vorstand des Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzbundes für das Deutsche Reich erklärt, daß er an der Gründung des „Gausenbundes“ nicht beteiligt ist, die nur von einigen Gruppen gebildet wurde. Die Nachricht, daß der 1. Vorsitzende des Verbandes für den Gausenbund zum Reichstag kandidiere, ist unzutreffend. Der Vorstand des Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzbundes für das Deutsche Reich lehnt vielmehr eine Stimmzettelverteilung ausdrücklich ab und empfiehlt im Vertrauen auf die Erklärung derjenigen politischen Parteien, welche die Herbeiführung einer Revision der dritten Steuernotverordnung zugesagt haben, seinen Mitgliedern, für den Kandidaten ihres Vertrauens zu stimmen.

### Ein deutschvölkischer Schwindel.

#### Wulle und der Vertrag von Versailles.

Die Agenten der Deutschvölkischen Freiheitspartei ziehen bei der Wahl im Lande herum und behaupten, daß die deutsche Regierung den Vertrag von Versailles im Jahre 1919 schon deshalb nicht hätte unterzeichnen brauchen, weil England gegen die Unterzeichnung des Vertrages gewesen sei. Wer sich an das solidarische Vorgehen der Ententepolitiker vom Jahre 1919 erinnert und insbesondere weiß, wie Lloyd George sich für den Frieden von Versailles eingesetzt hat, fällt auf diesen Schwindel nicht herein. Die Agenten der Deutschvölkischen Freiheitspartei können sich immerhin auf Behauptungen stützen, die der Reichstagsabgeordnete Wulle in der Reichstagsansprache vom 29. Februar 1924 getan hat. Wulle orakelte damals über die Unterzeichnung unter anderem das Folgende:

„Es wird Ihnen bekannt sein, wie es mir bekannt ist, daß unsere Regierung resp. der Regierung nahestehende Persönlichkeiten damals von neutraler Seite unterrichtet worden sind, daß England gegen die Unterzeichnung des Vertrages sei und daß man von Deutschland nicht die Unterzeichnung des Vertrages erwarre. Trotzdem hat die deutsche Regierung, haben die Herren Bell und Müller den Vertrag unterzeichnet und damit die letzte Karte, die wir noch im Spiel hatten, nicht ausgespielt.“

Dem Genossen Hermann Müller war allerdings ebensowenig wie Herrn Bell etwas davon bekannt, daß die Regierung oder der Regierung nahestehende Persönlichkeiten damals davon unterrichtet wurden, daß die englische Regierung die Unterzeichnung des Vertrages nicht erwarre. Unter welchem Zwange Deutschland damals handeln mußte, hat Herr von Bamer im Schlußkapitel seines Buches „Von Bethmann-Hollweg bis Ebert“ geschildert. Genosse Hermann Müller hat nun im Auswärtigen Amt angefragt, ob in den Akten etwa ihm unbekannt gebliebene Hinweise vorhanden wären, die dem Abgeordneten Wulle die Unterlagen für seine Behauptung abgeben könnten. Genosse Hermann Müller hat vom Auswärtigen Amt auf seine Anfrage die Mitteilung erhalten, daß man sich dort nicht erklären könne, worauf sich die Behauptung des Herrn Wulle stützt. Wenn von neutraler Seite wirklich eine greifbare Mitteilung in der Richtung der Wulleschen Behauptung gemacht worden wäre, würde diese bei den Debatten in Weimar über die Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung eine außerordentlich große Rolle gespielt haben. Von einer solchen Mitteilung sei aber im Amt nichts bekannt. Das Auswärtige Amt hat sich fernerhin an den derzeitigen Präsidenten des Reichsgerichts, Herrn Dr. Simons, gewandt, der über die Einzelheiten der damaligen Gelddehnung am besten unterrichtet ist. Herr Reichsgerichtspräsident Simons, der bekanntlich ebenso wie der damalige Außenminister Graf Braudorf-Kaniga Begner der Unterzeichnung war, hat dem Genossen Hermann Müller über die Behauptung Wulles von einer Unterzeichnung der deutschen Regierung durch Neutrale unter anderem das Folgende mitgeteilt:

„Daron, daß die deutsche Regierung oder ihr nahestehende Persönlichkeiten während der sogenannten Verhandlungen von Versailles oder im Laufe der Schlussberatungen in Weimar oder zu irgendeiner anderen Zeit von neutraler Seite unterrichtet worden sind, daß England gegen die Unterzeichnung des Vertrages sei und daß man von Deutschland diese Unterzeichnung nicht erwarre, ist mir nicht; das geringste bekannt. Ich kann deshalb nicht glauben, daß eine solche neutrale Aktion stattgefunden hat. Wäre es der Fall, so müßte Graf Braudorf-Kaniga davon Kenntnis erhalten haben; hätte er davon Kenntnis erhalten, so würde ich davon erfahren haben, da ich damals sein nächster politischer Berater war.“

Herr Wulle aber wird nun mitteilen müssen, welche Unterlagen er für seine Behauptung hatte.

### Was wollen die Deutsch-Völkischen?

Sie suchen Arbeiter zu gewinnen durch die Behauptung, sie seien für den Achtstundentag. Man schreibt uns dazu:

„Der Führer der Schutzbrigade Ludwig in Düsseldorf bei Strauß ist deutschvölkisch. Im Betrieb werden nur Leute beschäftigt, die Mitglieder der deutschvölkischen Freiheitspartei sind, oder die es werden müssen. Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis abends 10 Uhr. Als in einer Wahlversammlung die Völkischen darob zur Rede gestellt wurden, redete sich ihr Sprecher damit heraus, daß ohne Zwang und durch freien Entschluß der Arbeiter diese Arbeitszeit festgesetzt sei.“

So wollen es die Völkischen! 16 Stunden Arbeitszeit statt 8 Stunden. Sie sind nicht für den Achtstundentag, sondern für den Zweimal-Achtstundentag!

### Die ganze Kraft für den Wahlkampf!

Der Vorstand des Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes bietet uns um die Veröffentlichung der folgenden Zeilen: Der Wahlkampf, den gegenwärtig die Klassenbewusste Arbeiterschaft führt, stellt an den einzelnen wie an die Organisation die höchsten Anforderungen. Es gilt, die ganze Kraft, die geistige wie die physische, einzusetzen, um den größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Weil wir wissen, daß der Alkohol schon in mäßigen Mengen die für den politischen Kampf wertvollsten Energien schwächt, weil wir wissen, daß heute die Trinksitten noch mächtig und der Trinkgelegheiten viele sind, drängt es uns, gerade jetzt wieder vor dem Alkoholgenuss zu warnen. Die Kampfstärke der Arbeiterklasse kann sich nicht voll entfalten, das Höchstmaß von Klugheit und Besonnenheit, von Ausdauer und Begeisterung kann nicht erreicht werden, wenn das erschöpfende und abtölpelnde Genußmittel nicht gemieden wird. Darum Selbstbeherrschung im Interesse des großen Ziels!

# Die Maschinisten und Heizer zur Reichstagswahl.

Aus dem Zentralbureau des Verbandes der Maschinisten und Heizer wird uns geschrieben:

Es ist unnötig, an dieser Stelle anzuführen, wie notwendig die diesjährige Reichstagswahl für die Arbeiterschaft im allgemeinen ist. Von den Unternehmern wurde der Klassenkampf von oben so rücksichtslos geführt, daß die gewerkschaftliche Arbeiterschaft mit allen Mitteln danach streben muß, diesen vermehrten Machtzuwachs der Unternehmer durch gesteigerte Aktivität auszugleichen. Die Unternehmer haben es nicht nur vermocht, die Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Gebiet zurückzudrängen, sondern mit Hilfe der Inflation ist es ihnen auch gelungen, die gewerkschaftlichen Organisationen empfindlich zu schwächen. Da wird es nun die Aufgabe aller Gewerkschaftsmittglieder sein, bei der Reichstagswahl für eine starke und arbeiterfreundliche Regierung zu sorgen, da eine solche es vermag, die stark angewachsene Macht des Kapitals im Staate zurückzudrängen. Wir wollen uns mit diesen wenigen Worten allgemeiner Natur begnügen und speziell darauf eingehen, wie notwendig die Reichstagswahl für den Beruf der Maschinisten und Heizer im besonderen ist.

Der Beruf der Maschinisten und Heizer hat nach verschiedenen Richtungen Eigentümlichkeiten, die bei der übrigen Arbeiterschaft nicht zu finden sind. Aus diesem Grunde glaubt der Verband der Maschinisten und Heizer, daß eine starke Berufsorganisation für diese Arbeiterkategorie nach wie vor notwendig ist. Hier von ausgehend, verweisen wir darauf, wie auf gewerkschaftlichem Gebiete die Berufskollegen am Kessel und an den Maschinen anders bewertet werden. Dies zeigte sich vor allem bei der Neuregelung der gesetzlichen Arbeitszeit, wo im allgemeinen der Achtstundentag nach wie vor als die allein maßgebende Arbeitszeit die 48stündige Arbeitswoche gilt. Für den Maschinisten und Heizer wurde von vornherein in § 4 dieser Verordnung bestimmt, daß die tägliche Arbeitszeit um zwei Stunden täglich verlängert wird. Die diesbezüglichen Bestimmungen in § 4 der Verordnung über die Arbeitszeit lauten:

„Die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer der Arbeitszeit kann für männliche Arbeitnehmer über 18 Jahre um zwei Stunden täglich in folgenden Fällen überschritten werden:

1. Bei Arbeiten zur Bewachung von Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandsetzung, durch die der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist.

2. Bei Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebes arbeitstechnisch abhängig ist.“

Für die Maschinisten und Heizer ist also von vornherein in der gesetzlichen Verordnung bestimmt, daß sie täglich zwei Stunden länger als die übrige Arbeiterschaft zu arbeiten hat.

Die Sozialisierung der Kräfteerzeugung

war ein Ziel, dessen sich der Verband der Maschinisten und Heizer mit besonderer Energie angenommen hat. Als die Sozialisierung zur Debatte stand, konnte mit vollem Recht darauf verwiesen werden, daß keine Industrie zur Ueberführung in die Hände der Allgemeinheit so geeignet ist als die Kräfteerzeugung. Es war ein Übel, daß gerade dieser wichtige Zweig der Volkswirtschaft in tausenderlei Atome zerfällt. Eine rationelle Durchdringung der Volkswirtschaft, die Ersparnis von hochwertigen Brennstoffen usw. erforderten, daß die Kräfteerzeugung auf große Ueberlandzentralen konzentriert werden mußte. Den Bemühungen der Organisation der Maschinisten gelang es, daß eine Verordnung zur Sozialisie-

rung der Elektrizitätswerke am 31. Dezember 1919 erlassen wurde. Leider ist es bei diesem Entwurf einer Sozialisierung geblieben. Je mehr sich in der Regierung der Einfluß der kapitalistischen Parteien bemerkbar machte, je mehr wurde diese Frage in den Hintergrund gedrängt. Heute spricht man von einer Sozialisierung der Kräfteerzeugung überhaupt nicht mehr. Hier auf diesem Gebiete hätte etwas Großes geschaffen werden können und bei kleinen Versuchen ist es geblieben.

Auf dem Gebiete der

## Dampfkesselüberwachung

tobt gegenwärtig ein Streit, der besonders in Preußen lebhafteste Formen angenommen hat. Die Dampfkesselüberwachungsvereine, die das Monopol der Dampfkesselüberwachung innehaben, wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine Mitwirkung der Arbeiterschaft. Trotz der Entwicklung der modernen Technik kommen Kesselexplosionen und sonstige Schäden noch

## Wollt ihr neues Inflationse'end

herbeiführen durch einen Reichstag, der die Ausführung der Sachverständigenvorschläge ablehnt, wollt ihr

dauernde Zerreißung der wirtschaftlichen Einheit  
neue Sanktionen im besetzten Gebiet  
dauernde Herrschaft französischer Generale?

## Dann wählt völkisch oder deutschnational!

Wollt ihr aber eine arbeitsfähige Reichstagsmehrheit, die an der Besserung unseres Loses arbeitet, wollt ihr

Wiederherstellung der deutschen Einheit  
Befreiung der besetzten Gebiete  
gerechte Cassenverteilung,

dann gibt es nur einen Weg und eine Wahl am 4. Mai:

## Wählt sozialdemokratisch!

ziemlich oft vor. Es war deshalb natürlich, daß, wenn die Arbeiterschaft zur Mitwirkung im Produktionsprozeß berufen sein soll, dies gerade bei der Dampfkesselüberwachung am ehesten der Fall sein müsse. Der Heizer, welcher jahrelang an dem Dampfkessel steht und sich infolgedessen eine ziemliche Fachkenntnis erworben hat, ist mindestens genau so in der Lage, bei der Dampfkesselüberwachung ein Wort mitzusprechen zu können, als ein Beauftragter der Dampfkesselüberwachungsvereine. In einigen Einzelländern (Braunschweig, Thüringen, Sachsen), wo die Arbeiterschaft über genügend politischen Einfluß verfügt, gelang es, gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, die die Mitwirkung der Arbeiterschaft vorsehen. In Preußen suchte der Handelsminister Genosse Siering durch einen Erlaß eine Gemeinschaftsarbeit der bei der Dampfkesselüberwachung vorhandenen Faktoren einzuführen, wogegen sich die reaktionären Dampfkesselüberwachungsvereine mit Händen und Füßen stemmten. Sie versuchten, den Erlaß des preussischen Handelsministeriums unwirksam zu machen und lehnten es nach wie vor ab, der Arbeiterschaft einen genügenden Einfluß ein-

zuräumen. So ist es notwendig, daß hier die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Arbeiterschaft das Recht der Kontrolle bei der Dampfkesselüberwachung erhält. Eng hiermit verbunden ist die

## Berufsbildung der Maschinisten und Heizer.

Der intensiven Tätigkeit unserer Organisation auf diesem Gebiete gelang es, 55 öffentlich anerkannte Heizerschulen zu errichten. Tausende von tüchtigen Qualitätsarbeitern, zur Wahrung der Kessel und Maschinen geeignet, konnten hier ausgebildet werden. Aber in einigen Gegenden Deutschlands versuchte man, auch diese Tätigkeit zu hindern. Um wieviel anders wäre es, wenn die Berufsbildung der Maschinisten und Heizer geleglich mehr gefördert werden könnte.

Auf die Neugestaltung der

## Seemannsordnung

wollen wir nur kurz verweisen. Auch hier ist noch eine große Renne rückständiger Schutt aus früheren Zeiten vorhanden. Die Seemannsordnung und damit der Schutz für Leben und Gesundheit der auf den Schiffen beschäftigten Arbeiter muß grundsätzlich neu gestaltet werden. Dies kann aber nur im Interesse der Arbeiterschaft geschehen, wenn das Parlament und die Regierung von der Durchführung solcher Forderungen überzeugt sind.

Auf dem Rhein, der Elbe und der Oder fahren heute viel Schiffe, die infolge des Friedensvertrages an Frankreich, die Tschechoslowakei und Polen abgetreten werden mußten. Die Regelung der sozialen Verhältnisse der auf abgetretenen Schiffen fahrenden Kollegen wurde durch vorläufige Staatsverträge zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Frankreich sichergestellt. Die endgültige Regelung soll erst in der Zukunft erfolgen, und auch hier kann sie nur entsprechend gestaltet werden, wenn eine Regierung vorhanden ist, die sich mit aller Wärme für die Wahrung der sozialen Errungenschaften des Schiffspersonals einsetzt.

So gibt es eine Reihe Probleme, die vom Standpunkt des Berufes der Maschinisten und Heizer eine außerordentlich wichtige politische Bedeutung haben. Es ist deshalb notwendig, daß gerade die Angehörigen dieses Berufes mit allen Mitteln bestrebt sein müssen, das Parlament und die Regierung entsprechend zusammenzuführen.

## Welche Partei kommt nun für uns in Frage?


Die Kommunisten scheiden unseres Erachtens deshalb aus, weil sie öffentlich erklärt haben, daß ihnen an einer intensiven Tätigkeit innerhalb der Parlamente nichts gelegen sei. Sie betrachten die Tribüne des Parlaments als einen Ort, die kommunistische Propaganda vorwärts zu treiben. Mit einer solchen Einstellung ist den Maschinisten und Heizern nicht gedient. Wir brauchen Männer, die gewillt sind, die Wünsche der Arbeiter im allgemeinen und unserer Berufskollegen im besonderen zu vertreten. Nach Lage der Sache kann dies nur die Sozialdemokratische Partei sein.

Deshalb werden die Maschinisten und Heizer aufgefordert, mit allen Mitteln bei den Parlamentswahlen für die Kandidaten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu werben. Nur eine starke sozialdemokratische Arbeiterpartei liegt das Heil unserer Berufskollegen.



## Bekanntmachung!!!

An unsere werten DOTA · RADIO Raucher!!

Wollen Sie sich vor minderwertigen Qualitäten u. Nachahmungen schützen, so verlangen Sie nur die mit unserer Schutzmarke  versehenen



Unsere Schutzmarke bürgt für die Beste Qualität und erstklassige Verarbeitung

Darum Raucher verlangt nur DOTA · RADIO! Zigaretten mit der Schutzmarke

